Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 7 | Februar 1975 | 1,-- DM / 7 öS

Für einen arabisch-hebräischen Arbeiterstaat in Palästina!

In den letzten Monaten haben einige Ereignisse in Israel und den von Israel besetzten Gebieten Schlagzeilen gemacht, die aus dem Rahmen dessen fallen, was unter der Überschrift „Nahost-Krise" ohnehin ständig im Mittelpunkt des Interesses der „Weltöffentlichkeit" steht. Wir meinen die Demonstrationen junger Araber in den besetzten Gebieten und die wachsende Zahl ökonomischer Kämpfe der hebräisch-sprachigen Arbeiterklasse Israels gegen die rapide Verschlechterung der Wirtschaftslage und die „konzertierte Aktion" von Staat, Unternehmern und Histadrut (einer Kombination von kapitalistischem Supertrust und zionistischer „Arbeitsfront").

Die Trotzkistische Liga Deutschlands ist stolz darauf, daß • zu den Ländern, wo unsere internationale Tendenz den Kampf für den Wiederaufbau der Vierten Internationale aufgenommen hat, auch Israel gehört. Unter äußerst schwierigen Bedingungen kämpfen unsere Genossen dafür, in die parallelen, aber z. Zt. noch völlig getrennt sich entwickelnden Kämpfe der arabischen und hebräischen Massen eine internationalistisch-revolutionäre Perspektive hineinzutragen.

So sehr auch die erwachende Militanz der israelischen Arbeiter unseren revolutionären Optimismus bestärkt, daß es der zionistischen Bourgeoisie nicht ewig gelingt, die Arbeiterklasse mit den Ketten des Chauvinismus an sich zu binden, so muß doch betont werden: Allein die Kämpfe der arabischen Palästinenser haben bisher einen politischen Charakter erreicht.

Das bedeutet allerdings keineswegs, daß die Kämpfe der Palästinenser sich bereits in Richtung auf eine revolutionäre Perspektive hin entwickeln oder mit automatischer Dynamik sich in diese Richtung entwickeln werden. Die überwältigende Mehrheit der palästinensischen Kämpfer innerhalb wie außerhalb des israelischen Machtbereichs hat offensichtlich noch nicht erkannt, in welche Sackgasse die Politik der PLO führt, wie sehr die Errichtung eines Miniaturstaates am Westufer des Jordan und im Gaza-Streifen der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes entgegensteht.

Revolutionäre Internationalisten werden jedoch mit ihrer Kritik am beschränkten Nationalismus der PLO und am Mythos vom „anti-imperialistischen Kampf der arabischen Völker" auch bei den kritischsten und fortgeschrittensten Palästinensern nur dann Gehör erhalten, wenn sie konsequent und unermüdlich den zionistischen Staat Israel bekämpfen, und das heißt z. Zt. vor allem die Lorderung nach bedingungslosem Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten. Was zwangsläufig zur folge hat: Unterstützung aller Aktivitäten (auch wenn wir sie politisch für fehlgeleitet halten), die sich gegen die Repressionsgewalt des zionistischen Staates richten, einschließlich der bewaffneten Aktionen der palästinensischen Kommando-Einheiten (soweit es sich nicht um sinnlosen Terror gegen Zivilisten handelt).

Solche Positionen in die ökonomische Kämpfe der israelischen Arbeiter hineinzutragen, ist bisher äußerst schwierig und wird in allernächster Zukunft zur ganz geringe Erfolge zeitigen. Doch ohne dies gibt es keinen Weg zu den palästinensischen Genossen! Und allein der Aufbau einer merkbaren internationalistischen Opposition in der palästinensischen Bewegung wird einen größeren Einbruch unter den Hafenarbeitern in Aschdod und den rebellierenden Slumbewohnern von Tel Aviv ermöglichen. In diesem Sinne haben unsere israelischen Genossen unmittelbar nach den blutigen Demonstrationen als einzige Organisation der äußersten Linken ein Flugblatt verteilt mit den zentralen Losungen:

— Gegen die Unterdrückung des palästinensischen Volkes!
— Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!

— Sofortiger bedingungsloser Rückzug aus allen besetzten Gebieten!

Wenn wir in dieser Nummer der *KK* zwei Artikel zum Nahost-Problem veröffentlichen, so weisen wir daraufhin, daß wir in der *KK* Nr. 1 in einer Polemik mit dem Spartacusbund unsere Position zu den Kriegen von 1948, 1967 und 1973 näher begründet haben. (Diese Nummer kann über die Redaktionsadresse bezogen werden.) Während 1948 die Vierte Internationale die Politik des revolutionären Defätismus auf beiden Seiten propagierte, so hat die revisionistische Degeneration fast alle vorgeblich trotzkisti- schen Gruppen in den Kriegen von 1967 und 1973 auf die Seite der arabischen Bourgeoisien geführt. Unser Kampf in Palästina, wie überall in der Welt, ist der Kampf für den Internationalismus, für die permanente Revolution!

Israelische Trotzkisten rufen zum Streik gegen den Wirtschaftsplan der Regierung auf

Mittels eines Wirtschaftsplanes versucht die israelische herrschende Klasse, die Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Dieser neue Wirtschaftsplan sieht folgende Maßnahmen vor: Senkung des Imports und Erhöhung des Exports; Beendigung der Subvention von Grundnahrungsmitteln; Beseitigung der automatischen Angleichung der Löhne an die Lebenshaltungskosten; Kürzung des Etats für das Gesundheitswesen und den Erziehungssektor. Er wurde am 12. November von der Knesset (israelisches Parlament) u.a. mit den Stimmen der Mapam (eine linkszionistische „Arbeiterpartei) und Jacques Amir (ehemaliger Vertreter des Arbeiterkomitees am Toten Meer) von der Achdut Avodah (einer anderen zionistischen „Arbeiterpartei) gebilligt. Diese Parteien hatten sich erst gegen den Wirtschaftsplan ausgesprochen, doch nachdem der israelische Premier, Rabin, ihnen mitgeteilt hatte, daß die Verhandlungen mit der Hista- drut fortgesetzt würden, sahen sie keinen Grund mehr, der Bourgeoisie ihre Stimme zur Knebelung der Arbeiterklasse vorzuenthalten.

Dieser Wirtschaftsplan wird eine erhebliche Verschlechterung des Lebensstandards der israelischen Arbeiterklasse mit sich bringen und wird die schon heute katastrophale Arbeitslosigkeit nur noch erhöhen. David Pintov, ein Arbeiter im öffentlichen Dienst, hat das klar erkannt, als er auf der Generalversammlung der Arbeiterkomitees von Haifa sagte. „Der Angriff auf unseren Lebensstandard ist ein ebenso schwerer Schlag wie der Oktober-Krieg“ (*Ma’ariv* vom 14. November).

Die „Opposition" der Histadrut gegen die Regierung

Die Versammlung des Exekutivkomitees der Histadrut billigte mehrheitlich einen Gegenvorschlag für Vollbeschäftigung, Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten und Entschädigung für kinderreiche Familien. Von diesen Forderungen wird in der Praxis jedoch nicht viel übrigbleiben. Auf derselben Versammlung gaben die Histadrut-Büro- kraten versöhnlerische Erklärungen ab, die ihre Bereitschaft zu Kompromissen zum Ausdruck brachten. Nicht nur wird die volle Angleichung an die Lebenshaltungskosten nicht gezahlt werden (im besten Falle wird die Histadrut eine Lohnerhöhung von einigen Pfund von der Regierung zugebilligt erhalten, die sie jedoch den Arbeitern als großartiges Ergebrfis verkaufen wird), die bereits bestehende Arbeitslosigkeit wird sich darüberhinaus noch erhöhen.

Es ist klar, daß die Histadrut, wie in der Vergangenheit, die Regierung in allem unterstützen wird. Die Histadrut ist keine Gewerkschaft, auch nicht in dem Sinne, daß sie wenigstens in *deformierter* Weise die Interessen der Arbeiter vertritt. Sie ist vielmehr der wichtigste Unternehmer und Kapitalist in Israel. Sie ist eng mit dem zionistischen Staatsapparat und der Mapai, der größten und wichtigsten zionistischen Partei in Israel, verflochten und hat in der Geschichte des Zionismus ihre Tarifpolitik dem Aufbau einer jüdischen Wirtschaft unter Ausschluß und Boykott der arabischen Arbeitskraft untergeordnet. Sie ist wohl die einzige „Gewerkschaft“, die eine „Gewerkschaftsabteilung“ hat. Alle Arbeiter sind zwangsweise in der Histadrut organisiert und müssen 7% ihres Lohnes an die Histadrut ab führen. Die Mehrheit aller Streiks in Israel sind wilde Streiks. In diesen wilden Streiks haben die Arbeiter keine Streikfonds zur Verfügung. Oft, wenn sie in einer Fabrik arbeiten, die der Histadrut gehört, werden sie entlassen. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn der Vorsitzende der „Gewerkschaftsabteilung“ der Histadrut, A. Abramowitsch, die Arbeiter zur Unterstützung der Histadrut aufrief und sagte: „Die Histadrut wird sich dem Regierungsplan nicht widersetzen. Die Gespräche mit der Regierung über einige Details, die von allergrößtem Interesse für die Arbeiter sind, werden fortgesetzt. Wir sollten Schritte vermeiden, die eine soziale Unstabilität herbeiführen könnten“ (*Ha’aretz*, 15. November).

Abramowitsch wiederholt nur die allgemeine Linie, die das Exekutivkomitee der Histadrut angenommen hatte und die in der Rede von Meschei, seinem Generalsekretär, dargelegt wird: „Der Feind sollte keinen Fehler machen. Unsere Differenzen können unsere Einheit nicht beeinträchtigen. Wir wollen nicht, daß diese Regierung stürzt. Wenn die Regierung ihre Stärke bewahren will, sollte sie sich immer daran erinnern, daß die Histadrut ihr Verbündeter ist“ *(Davar* vom 13. November).

Der Angriff der Regierung auf die Arbeiter wird sowohl von den Kapitalisten als auch von der Histadrut unterstützt. Die einzige Frage, die sie sich stellen, ist die, wie der Angriff auf die Arbeiter durchgeführt und wie gleichzeitig das Vertrauen der Arbeiter in die Regierung und die Histadrut aufrechterhalten werden soll. Aber die Herren irren sich, wenn sie meinen, daß sie die Arbeiter endlos betrügen können; sie werden eine böse Überraschung erleben.

Ein neuer Krieg droht

Auf der Generalversammlung der Exekutive der Histadrut am 12. November eröffnete Rabin die Sitzung mit einer militaristischen, antisowjetischen Rede: „Wenn uns ein Krieg aufgezwungen wird, werden wir alles tun, um ihn zu überleben. Dies ist meine erste nationale Pflicht. Radio Moskau schlägt vor, uns zu ergeben. Wenn wir uns ergeben, ist es

nicht mehr notwendig, unsere Militärausgaben zu verdoppeln“ *(Davar* vom 13. November).

Wie üblich, wenn Vertreter der Kapitalistenklasse wie Rabin einen neuen Krieg vorbereiten auf Kosten der Arbeiter, geben sie vor, den Krieg nur zur Verteidigung der Arbeiterfamilien zu führen. Und sie versuchen, den Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse mit der Notwendigkeit, das Leben der Arbeiter zu schützen, zu kaschieren. Wenn es tatsächlich einen neuen Krieg gibt, so wird dieser nur den Interessen der Kapitalisten dienen, nicht aber denen der Arbeiter.

In der Tat bedroht ein neuer Krieg die Arbeiter- und Bauernmassen in Nah-Ost. Immer mehr Stimmen in den imperialistischen Regierungen fordern militärische Aktionen, um den Ölboykott zu beenden. *Davar* (10. November) übersetzte einen Artikel von Jack Anderson, einem amerikanischen Kommentator, in dem erklärt wird, daß die USA die Entsendung von Truppen nach Libyen erwägen und Israel zur Besetzung der Ölfelder von Kuweit ermutigen.

Bis jetzt ist noch nicht völlig klar, was die imperialistischen Mächte Vorhaben und in welcher internationalen politischen Konstellation der Krieg ausbrechen wird. Hätte der Krieg einen ähnlichen Charakter wie der Krieg im Jahre 1956 — in diesem Falle würde es sich um den Versuch durch die Imperialisten handeln, die Ölfelder unter ihre Kontrolle zu bringen —, läge es im Interesse der Arbeiterklasse, die ölproduzierenden Nationen trotz des reaktionären Charakters ihrer Regierungen militärisch zu unterstützen. Dies würde jedoch nicht eine politische Unterstützung dieser Regime implizieren. Marxisten werden immer darauf hinweis£n, daß nur der Sieg der sozialistischen Revolution in diesen Ländern ein wirklicher Sieg gegen den Imperialismus wäre.

Wenn sich dagegen die militärische Situation ähnlich stellt, wie in den Kriegen von 1948, 1967 und 1973, gäbe es nur eine richtige Position: die des *revolutionären Defätismus* auf beiden Seiten. Wir würden die Arbeiter aufrufen, den Krieg der Zionisten und der arabischen Bourgeoisien in einen Bürgerkrieg zu verwandeln.

Die Arbeiterkomitees

Während die Generalversammlung der Exekutive der Histadrut tagte, fand draußen eine Demonstration der Arbeiterkomitees von Tel Aviv statt. Sie forderten auf Transparenten die Histadrut auf, für die gleitenden Lohnskala zu kämpfen. Die Arbeiterkomitees sind, obwohl Teil der Histadrut, zugleich die einzigen Organisationen, die von den Arbeitern selbst gewählt werden. Aber auch die militantesten Arbeiterkomitees hegen eher noch die Illusion, daß die Histadrut durch entsprechenden Druck nach links gehen könnte, als daß sie die Notwendigkeit zum Aufbau revolutionärer Gewerkschaften, die vom Staat und der Histadrut unabhängig sind, einsähen. Aber es gibt Komitees und Komitees. Während einige Komitees draußen demonstrierten — die Türen wurden von Polizei bewacht —, waren andere Komitees zur Generalversammlung eingeladen. Wenn man sich die Reden der eingeladenen Komitees anschaut, wird klar, welche Kriterien für die Einladungen angewandt wurden.

Albert von einem Komitee in Aschdod drohte: „Wenn es noch mehr (!) Schritte wie diese gibt, werden sich die Arbeiterkomitees zum Streik entschließen.“ Peretz (Vorsitzender des Komitees von Aschdod), dessen Popularität bei den Arbeitern nach seinem letzten Besuch in den USA merklich nachgelassen hat, sagte: „Wir sind eine Nation, und wir wollen die Regierung und die Histadrut stärken; aber wir möchten gern wissen, wie lange wir unsere Gürtel noch enger schnallen sollen.“ Zweifellos wird die Regierung weiterhin ohne Störungen dafür sorgen können, daß die Arbeiter ihre Gürtel enger schnallen, solange diese korrupten Bürokraten wie Peretz Glauben schenken, der behauptet, daß Kapitalisten und Arbeiter dieselben Interessen hätten.

Peretz und seinesgleichen interessieren nicht die Frage, wie die Arbeiterklasse zum Sieg geführt werden kann, sondern wie er es anstellen kann, neben seinem alten Freund Jacques Amir in der Knesset zu sitzen. Und um zu beweisen, daß er auch tatsächlich dort hingehört, hat Peretz schon mehrmals betont, daß es trotz des „schlechten Namens“ von Aschdod dort doch möglich sei, friedliche Demonstrationen zu organisieren (d.h. solche, die keine Bedrohung für die Bourgeoisie darstellen), wie die kürzlich stattgefundene Demonstration mit 2000 Arbeitern.

Stillschweigend machte er damit einen Unterschied zwischen den von ihm geführten Demonstrationen und den spontanen Demonstrationen, wie sie vier Tage lang in dem Slum von Tel Aviv Ha Tikvah stattfanden. Hiermit bewies er seine Solidarität mit der Polizei, die diese Demonstrationen unterdrückte.

Die Arbeiterklasse muß die Slumbewohner von Ha Tikvah für ihr Programm gewinnen, muß sie auf ihre Seite ziehen. Die Arbeiterklasse muß verhindern, daß sich die Slumbewohner von Ha Tikvah dem Faschismus zuwenden. Auch wenn ihre Aktionen — spontane Ausbrüche, die sich teilweise gegen kleine Ladenbesitzer richten — nicht die Methode des Klässenkampfes sind, sollten die Arbeiter ihre gerechten Forderungen gegen die hohen Preise unterstützen und sie für die Sache der Arbeiterklasse gewinnen. Solidarität mit der Polizei wird die Leute von Ha Tikvah in die Arme einer potentiellen faschistischen Bewegung treiben.

Die Linke und die ökonomische Krise

Die Regierung hat völlig recht, wenn sie davon spricht, daß die ökonomische Krise, die sich in Israel entwickelt, Teil der Krise im Weltmaßstab ist, aber die Krise fällt nicht vom Himmel. Sie ist vielmehr das Ergebnis der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Deshalb besteht die Lösung nicht darin, daß die Arbeiter ihren Gürtel enger schnallen, sondern daß sich der Strick um den Hals der Kapitalistenklasse immer enger zusammenzieht — durch die Enteignung der Produktionsmittel unter Arbeiterkontrolle und dadurch, daß die Arbeiterklasse anstelle der politischen Herrschaft

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierender Sektion der Internationalen
Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift:
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

durch die Bourgeoisie ihre eigene Herrschaft errichtet in Form einer Arbeiterregierung. Die aktuelle ökonomische Krise im Weltmaßstab schafft nicht nur Hunger und Arbeitslosigkeit für Millionen, sondern kann auch zu einem dritten Weltkrieg führen. Für die Arbeiter besteht der einzige Ausweg im Kampf um die politische Macht im Staat.

Links von Ma'arakh (der zionistischen Koalition, bestehend aus Mapai, Mapam, Rafi und Achdut Avodah, die im wesentlichen die Regierungskoalition bilden) stehen einige Parteien und Gruppen, die angeblich die Interessen der Arbeiter vertreten.

Moked, die anstrebt, eine sozialdemokratische Partei zu werden, ruft auf der ökonomischen Ebene zum Kampf für die gleitende Lohnskala auf, während sie auf der politischen Ebene die Regierung unter Druck setzen will, damit diese das imperialistische Friedensarrangement für den Nahen



Israelischer Ministerpräsident Yitzhak Rabin

Osten akzeptiert (welches jeden Tag in einem neuen Krieg explodieren könnte), und verbreitet damit pazifistische Illusionen, daß dieses imperialistische Arrangement dem Nahen Osten Frieden und den Palästinensern die Aufhebung ihrer Unterdrückung bringen könnte.

Rakah, die stalinistische pro-Moskau KP, hat dieselben Illusionen wie die sowjetische Bürokratie, daß nämlich eine friedliche Koexistenz mit dem Imperialismus möglich ist. Sie ignoriert dabei die Tatsache, daß es im Interesse des Imperialismus liegt, in Rußland den Kapitalismus wiederherzustellen. Sie vertritt dasselbe Programm wie Moked, nämlich Druck auf die Histadrut zur Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten und auf die Regierung zur Akzeptierung des imperialistischen Friedensarrangements auszuüben. Matzpen (Tel Aviv) und die Gruppe „Kampf4 haben dieselben Positionen wie Rakah.

Links davon zwei Gruppen, die vorgeben, revolutionäre Marxisten zu sein, d.h. Matzpen (Marxisten) und die „Arbeite rallianz". Letztere hat ganz richtig gehandelt, ihren früheren anspruchsvollen Namen „Avantgarde" aufzugeben. Matzpen (Marxisten) verteilte ein Flugblatt, in dem sie für die Bildung unabhängiger Gewerkschaften eintritt und einige richtige ökonomische Forderungen aufstellt, z.B. für eine monatliche Angleichung der Löhne an die steigenden Lebenshaltungskosten (errechnet von den Arbeiterkomitees auf nationalen Konferenzen). Gleichzeitig schlägt sie die Arbeiterkontrolle über die kapitalistischen Profite vor, womit nichts anderes gemeint ist, als daß die Arbeiter im Interesse der Bourgeoisie die Produktion verwalten sollen. Das Flugblatt von Matzpen (Marxisten) endet mit einem Aufruf zum Generalstreik, ohne jedoch gleichzeitig zum politischen Kampf für eine Arbeiter- und Bauernregierung aufzurufen. Jeder Generalstreik kann zu einer vorrevolutionären Situation führen. Wenn man für einen Generalstreik agitiert, ohne der Arbeiterklasse eine klare politische Perspektive aufzuzeigen, ohne zur Bildung von Arbeitermilizen aufzurufen, ohne revolutionäre Führung, bedeutet dies nichts anderes, als eine Aufforderung an die Bourgeoisie, der Arbeiterklasse das Rückgrat zu brechen.

Die „Arbeiterallianz" hat in ihrer,,*Massen"zeitung Arbeiterstimme* (November 1974) einige Übergangsforderungen aufgestellt, so eine kürzere Arbeitswoche bei gleichem Lohn, um die Arbeitslosigkeit zu beenden; Öffnung der Bücher; Enteignung unter Arbeiterkontrolle ohne Entschädigung — jedoch nur der Fabriken, die ihre Produktion einstellen. Während sie für die Interessen der arabischen Arbeiter Lippenbekenntnisse abgibt, vermeidet sie die Forderung nach einem gemeinsamen politischen Kampf aller Arbeiter — die Forderung für eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Dieselbe Zeitung verwendet zum ersten Mal die Parole der Spartacist League „Für einen binationalen Arbeiterstaat als Teil einer sozialistischen Föderation im Nahen Osten" in ihrem Artikel „Die Generäle und die Regierung bereiten einen neuen Krieg vor". Aber der Artikel „Streiks in Gaza und am Westufer" schließt mit ihrer alten Parole „Für einen vereinigten demokratischen Staat". Dies kann nur eins bedeuten, nämlich daß die „Arbeiterallianz" — trotz des zeitweiligen Aufsteilens von linkeren Parolen — der Theorie der Revolution in Etappen treu bleibt: also zuerst die bürgerlich-demokratische Etappe und später die sozialistische.

In der Vergangenheit hat die „Arbeiterallianz" niemals in ihrer „Massen"zeitung Übergangsforderungen aufgestellt. Da sie keine Anstalten macht, dieses frühere Versäumnis selbstkritisch zu analysieren, müssen wir ihre augenblickliche Position als zeitweilige linke Pose angesichts der sich entwickelnden Krise deuten. Unter dem Druck eines neuen Krieges oder einer tiefen Wirtschaftsdepression wird die „Arbeiterallianz" zu ihrem üblichen reformistischen und feigen Verhalten zurückkehren.

Das Programm für den Sieg der Arbeiter

Das Programm, das alle Teile der Arbeiterklasse vereinigt, das den demokratischen mit dem ökonomischen Kampf verbindet für den Kampf um die proletarische Staatsmacht in diesem Land, als Teil des Kampfes um die sozialistische Föderation im Nahen Osten, muß folgende Forderungen beinhalten:

— Für den sofortigen Rückzug aus den besetzten Gebieten!
— Streiks zur Durchsetzung der monatlich gleitenden Lohnskala (errechnet von den Arbeiterkomitees)! Für substantielle Lohnerhöhungen!
— Als Antwort auf die Behauptung der Kapitalisten, daß sie die Lohnerhöhungen nicht bezahlen können, fordern wir: Öffnung der Bücher!

— Gegen die wachsende Arbeitslosigkeit: Eine kürzere Arbeitswoche bei gleichem Lohn! 30 Stundenwoche für einen Lohn von 46 Stunden!
— Gegen die Schließung von Fabriken: Besetzung durch die Arbeiter, entschädigungslose Enteignung unter Arbeiterkontrolle!
— Enteignet die ganze Industrie unter Arbeiterkontrolle!
— Gegen die nationale Unterdrückung der Palästinenser! Israelische Armee und Polizei raus aus den arabischen Gemeinden! Für das Recht aller palästinensischen Flüchtlinge zurückzukehren! Das Land den Fellachen!
— Gegen den Angriff auf Streiks durch die Polizei und die Rechten: Für bewaffnete Arbeitermilizen zur Verteidigung der Streikposten! Schafft arabisch-hebräische Arbeitermilizen!
— Nieder mit der Histadrut, die als Teil des kapitalistischen Staatsapparats funktioniert! Für unabhängige arabisch-hebräische Gewerkschaften auf der Grundlage von Arbeiterkomitees! Raus mit kleinen Bürokraten wie Peretz und seinesgleichen! Für eine klassenkämpferische Führung der Arbeiterkomitees!
— Für eine Arbeiter- und Bauernregierung, die die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse vertritt!
— Dieser schwere Kampf erfordert eine Führung, die für die historischen Interessen der Arbeiterklasse kämpft. Für den Aufbau einer revolutionären trotzkistischen Partei, die die Arbeiterklasse zum Sieg führen wird!

Palästinensischer Nationalismus: *Vom „Volkskrieg”zum „Mini-Staat”*

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert — solange dauert nun schon der Nahost-Konflikt an — ist es den vorgeblich marxistischen Tendenzen nicht gelungen, ein Programm zu entwickeln, das geeignet wäre, die Einheit zwischen der hebräischen und arabischen Arbeiterklasse herzustellen. Statt- dessen betrieben verschiedene „Sozialisten“ eine Nachtrabpolitik gegenüber der einen oder der anderen bürgerlich-nationalistischen Kraft, die gerade populär war.

So unterstützten viele Linke im „Sechs-Tage-Krieg“ im Juni 1967 die „progressiven“ Staaten gegen Israel im Namen einer klassenlosen „arabischen Revolution“. Doch nur drei Jahre danach ließ jener bekannte arabische „Revolutionär“, König Hussein von Jordanien, tausende Palästinenser in einem blutigen Angriff auf die Flüchtlingslager hinschlachten (das berüchtigte „Schwarze September“-Massaker).

Nach der schimpflichen Niederlage der arabischen Regime im Juni-Krieg wandten sich die kleinbürgerlichen Radikalen den nationalistischen Guerillas der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu. Da die verschiedenen Kommandogruppen der PLO nicht an der Macht waren und auch keine Aussicht darauf bestand, konnten sie sich eine radikalere Rhetorik als die sie unterstützenden Regime in Kairo, Damaskus, Bagdad und Kuwait leisten. Doch wie das kürzlich demonstrierte Bemühen der PLO um bürgerliche Respektabilität (Anerkennung der Vorschläge für einen „Mini-Staat“ am Westufer und das scharfe Vorgehen gegen Kommandoaktionen) zeigt, hat auch die Rhetorik des „Greift zu den Waffen“ aus der PLO keine revolutionäre Führung für die aus- gebeuteten Massen des Nahen Osten gemacht.

Die „militante" PLO

Die Palästinensische Befreiungsorganisation wurde 1964 gegründet und aus den Hilfsquellen der Arabischen Liga finanziert, um die Entwicklung einer unabhängigen nationalen Bewegung in den Flüchtlingslagern zu verhindern. Ihr Gründer, Ahmad Schukeiri, war stellvertretender Generalsekretär der Liga und später Mitglied der syrischen und saudiarabischen Delegation bei den Vereinten Nationen, was ihn wohl kaum als Revolutionär ausweist. König Hussein, der damals das Westufer des Jordan besetzt hielt und der sich allen Bestrebungen für die Unabhängigkeit Palästinas hartnäckig widersetzte, unterstützte die Konferenz, auf der die PLO gegründet würde.

Die arabische Niederlage im „Sechs-Tage-Krieg“ 1967 förderte die Entwicklung von palästinensischen Kommandogruppen und lieferte Möglichkeiten für Guerillaaktionen am israelisch-besetzten Westufer. Die bestehenden nationalistischen Regime waren völlig diskreditiert und wurden als unfähig angesehen, die von Israel besetzten Gebiete zu „befreien“. Die größte und gemäßigste Widerstandsgruppe, Fatah (unter der Führung von Yasir Arafat), erklärte, daß die Hauptstrategie der „bewaffnete Kampf4 sei, definiert als „Guerillakrieg, der sich zu einem umfassenden Volksbefreiungskrieg entwickeln soll“.

Nach Fatah sollten „beispielhafte“ Guerillaoperationen in bewaffnete Massenmobilisierungen Umschlägen wie in Algerien und Vietnam. Mit Ausnahme der Schlacht bei Karameh am 21. März 1968, als palästinensische Guerillas die israelischen Truppen zum Stillstand brachten, hat der „bewaffnete Kampf4 niemals die Grenzen isolierter Terrorangriffe überschritten.

Ein anderes Indiz für die „Militanz“ der PLO war ihre erklärte Ablehnung der Errichtung eines „Mini-Staates“, der die Grenzen Israels vor dem Juni-Krieg 1967 akzeptieren würde und die 900 000 Palästinenser in Jordanien, die 200 000 Palästinenser in Syrien, die 300 000 Palästinenser im Libanon und eine noch höhere Zahl in Israel ihrem Schicksal überlassen würde. Der 1971 stattgefundene Palästinensische Nationalkongreß erklärte seine:

> „Entschlossene Opposition gegen die Errichtung eines palästinensischen Staates gleich wo in Palästina; und zwar deshalb, weil jeder Versuch, einen solchen Staat zu errichten, mit den Plänen identisch ist, die Palästina-Frage zu liquidieren.“ *(Free Palestine*, April 1971)

Die PLO wird „gezähmt"

Genau das bedeutet die Errichtung eines „Mini-Staates“, sowohl im Jahre 1971 als auch heute, nämlich ein Versuch der arabischen Regime, Hunderttausende unerwünschter Flüchtlinge loszuwerden und gleichzeitig einen ständigen politischen Unruheherd und ein Hauptziel für israelische Angriffe zu beseitigen. Dies wird jedoch die Palästina-Frage genauso wenig lösen, wie die Teilung Irlands im Jahre 1921 die irische Frage gelöst hat.

Angesichts der fortgesetzten militärischen Machtlosigkeit der Kommandos (sowohl gegen die Israelis als auch gegen

den Schlächter Hussein) hat die PLO nach dem Oktober- Krieg im Jahre 1973, der zur Folge hatte, daß sich die Position der arabischen „Gemäßigten“ um Faisal und Sadat verstärkte, ihre Opposition gegen den Mini-Staat fallengelassen und spricht jetzt von der Bildung einer Exilregierung. Auf der Palästinensischen Nationalratskonferenz in Kairo im Juni letzten Jahres wurde ein „Übergangsprogramm“ der PLO angenommen. Dieses Programm unterstützt die Errichtung eines Staates am Westufer des Jordan „als Kettenglied einer Strategie, die zur Errichtung des demokratischen palästinensischen Staates führen soll“. Auf dem kürzlich stattgefundenen „arabischen Gipfeltreffen“ in Rabat soll eine der Geheimresolutionen ein Versprechen der PLO, die öffentliche Opposition gegen Hussein einzustellen, beinhaltet haben.
Als Gegenleistung wurde die Befreiungsorganisation als die „einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes in irgendeinem befreiten palästinensischen Gebiet“ anerkannt.

Seit die PLO den Status eines „Beobachters“ bei den Vereinten Nationen bekommen hat und seit Arafats dramatischen Besuch in New York im Oktober 1974 ist die Widerstandsbewegung bemüht, ihre neu erworbene Respektabili- tät dadurch zu verteidigen, daß sie gegen Flugzeugentführungen scharf vorgeht. Hier liegt keine verspätete Einsicht vor, daß wahlloser Terror sich praktisch gegen die Arbeiterklasse richtet. Dies wurde durch die Bemerkung eines Vertreters der PLO deutlich, als er die Festnahme von 26 Menschen (vermutlich palästinensischen Guerillas) im Zusammenhang mit einer vor kurzem stattgefundenen Flugzeugentführung erläuterte. Er sagte: „Zur Zeit gewinnen wir internationale Anerkennung. Wir können in unseren Reihen keine Söldner dulden, die unsere neue Position unterminieren“ *{New York Times*, 28. November 1974).

Das ist es genau, was sich auf imperialistischer Seite diejenigen erhoffen, die den Plan eines Mini-Staates unterstützen. Als Rechtfertigung für seinen Besuch bei Arafat im Oktober sagte der französische Außenminister, Jean Sauvagnargues: „Das beste Mittel, um Leute von Gewalt und Verzweiflung abzulenken, besteht darin, sie zu veranlassen, Verantwortung auf internationaler Ebene zu tragen, d.h. in Übereinstimmung mit der internationalen Realität zu handeln“
{New York Times, 13. November 1974).

Die Lehren des „Schwarzen September"

Husseins Massaker an 3000 bis 5000 palästinensischen Flüchtlingen und Mitgliedern von PLO-Einheiten im Jahre 1970 war ein Aderlaß für die Guerillabewegung. Fatah machte für den „Schwarzen September“ einerseits die abenteuerlichen Possen von George Habaschs Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) verantwortlich, besonders ihre Entführung von Flugzeugen, die dann in Jordanien gelandet wurden. Andererseits verurteilte Arafat Habasch und Nayef Hawatmehs Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas, eine linke Abspaltung von der PFLP, auch wegen ihres Aufrufs zum Sturz Husseins, was dann die Repression ausgelöst hätte. Nach Fatah besteht die korrekte Politik in der „Nichteinmischung in die Angelegenheiten der arabischen Regime“.

Die DPFLP, damals der linke Flügel in der Widerstandsbewegung, zog viele richtige Schlüsse aus der Tragödie im September, auch wenn sie niemals die eklektische stalinistische Konzeption der Revolution in Etappen aufgegeben hat. Ha-watmeh sah die Schwäche des palästinensischen Widerstandes darin, daß er die reaktionäre haschemitische Monarchie hingenommen und es versäumt habe, „ein demokratisches Programm für die ländlichen Gebiete aufzustellen, welches die Landfrage und den Kampf gegen Feudalismus, Großgrundbesitzer und den Kapitalismus auf dem Lande zum Inhalt hat...“ {Die Konterrevolution im September in Jordanien, November 1970).

Die DPFLP denunzierte die Politik der „Nichteinmischung“ als Opportunismus, um „in den Genuß von Geld und Waffen der arabischen Regime zu kommen“. Fatahs kollaborationistische Perspektive resultiere „im Fehlen eines revolutionären Programms als Alternative zu dem Programm, welches die Niederlagen von 1967 und 1948 verursachte“, was sie schließlich dazu geführt habe, „die reaktionären Regime für eine Handvoll Unterstützungsgelder nicht anzutasten“ und „die Programme der nationalistischen arabischen Regime zu beschönigen, die unfähig waren, die Ziele der nationaldemokratischen Befreiung zu erreichen.“
Der Plan eines Mini-Staates wurde ebenfalls von Hawatmeh angegriffen, und zwar mit der Begründung, er lege die Palästinenser „zwischen den Amboß Israels und den Hammer der reaktionären Monarchie und des Imperialismus“.

Hawatmeh — die linke Flankendeckung der Fatah

Doch die DPFLP war unfähig, die wichtigste Lehre aus den Kriegen von 1948 und 1967 und dem , Schwarzen September“ zu ziehen — daß nämlich „der Hauptfeind im eigenen Land steht“. Dies trifft sowohl für die arabischen Massen unter der reaktionären haschemitischen Monarchie oder den bürgerlich-bonapartischen Regimen als auch für die Arbeiterklasse Israels. Die DPFLP konnte nie erklären, warum die nationalistischen Regime unfähig waren, „die Ziele einer national-demokratischen Befreiung zu erreichen“. Es ist dies



Sadat und Arafat

ja eine richtige Beobachtung, die der Beginn zum Verständnis der permanenten Revolution hätte sein können. Statt- dessen vertrat sie weiterhin eine Art „nationaler Einheitsfront“, die möglicherweise einige arabische nationalistische Regime und sicherlich die „progressive“ palästinensische Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie einschloß, während sie die Masse der hebräischen Arbeiter ausschloß. An dieser Front könnten innerhalb Israels sich allerhöchstens noch einige „progressive Intellektuelle“ beteiligen.

Nach Ansicht der DPFLP und der anderen Kommandogruppen kann der Zionismus niemals durch den gemeinsamen Klassenkampf zusammen mit der israelischen Arbeiterklasse, sondern nur durch eine Kombination aus Terroraktionen, erneuten Nah-Ost-Kriegen und diplomatischen Manövern zerstört werden. Die DPFLP war unfähig, mit dem Mythos, der sowohl vom arabischen Nationalismus als auch vom Zionismus geteilt wird, zu brechen, daß der hebräische Arbeiter an den zionistischen Staat gekettet sei und auch bleibe. Dieser Mythos wird jedoch heute durch Streiks der Hafenarbeiter in Aschdod und Straßendemonstration in den Slums von Tel Aviv erschüttert.

Was noch wichtiger ist, Hawatmeh und seine Anhänger haben niemals mit der Theorie der „Revolution in Etappen“ gebrochen und haben sich nicht die marxistische Konzeption der permanenten Revolution angeeignet (obwohl sie den Begriff gelegentlich erwähnt haben). Für Trotzki ist es die siegreiche Arbeiterklasse, die die nationale Befreiung der kolonialen und halbkolonialen Ländererringt: „die vollständige und wirkliche Lösung ihrer Aufgaben, d.h. Demokratie und nationale Befreiung, ist nur durch die Diktatur des Proletariats als Führer der unterdrückten Nation, vor allem ihrer Bauernmassen, denkbar“ *{Die Permanente Revolution).*

Da die DPFLP ihren Weg zur revolutionären Alternative nicht fand, degenerierte sie bald und kapitulierte nach dem Oktober-Krieg vor Arafat und El Fatah und akzeptierte schließlich die Position eines „Mini-Staates“.

Marxismus gegen Terrorismus

Der „bewaffnete Kampf4 ist schließlich zu isolierten und wahllosen Terroraktionen degeniert, oft gegen zivile Ziele gerichtet, um internationale Publizität zu erreichen. So hat eine Splittergruppe von Fatah, geführt von dessen ehemaligem Kassierer Abou Mahmoud, im Dezember 1972 in Rom ein Flugzeug der Pan American angegriffen, wobei 30 Personen getötet wurden.

Fatah hat in der Vergangenheit diesen wahllosen Terrorismus verdammt, hat jedoch unmittelbar, nachdem der Palästinensische Nationalrat die Resolution über den „Mini- Staat“ angenommen hatte (und das bedeutet: nationale Befreiung durch die UNO und Genfer Verhandlungen), die Verantwortung für eine Operation dieser Art übernommen. Am Abend des 24. Juni betraten drpi Fatah-Kommandos eine Wohnung im israelischen Hafen von Nahariya und ermordeten eine Frau und zwei Kinder. Diese sinnlose Aktion sollte ein „militantes“ Männtelchen für Fatahs rapide Rechtsentwicklung liefern.

Noch kritischer stand ursprünglich auch die DPFLP isolierten Terrorakten gegenüber. Dies bildete eine der Differenzen, die zur Spaltung zwischen Hawatmeh und Habasch führten. Nach der Spaltung schrieb die DPFLP:

> „Historisch betrachtet, glauben wir, daß die Zuflucht zum individuellen Terror für diejenigen die Lösung darstellte, die den Glauben an die potentiell revolutionären Fähigkeiten der Massen verloren hatten.“ *{Al-Hurriyah,*
> 2. März 1970)

Und genau diese Organisation, die den individuellen Terror nicht nur verdammte, weil er ineffektiv ist, sondern ihn

ganz richtig als Ausdruck einer reaktionären, massenfeindlichen Politik denunzierte, unternahm plötzlich, wie aus heiterem Himmel, die Kommando-Aktion von Ma'alot, die zu einem blutigen Gemetzel führte. Liegt es nicht nahe, gerade die scharfe *Rechtswendung* Hawatmehs für die gleichzeitige Übernahme reaktionär-terroristischer Taktiken verantwortlich zu machen?

In einem Interview mit Paul Jacobs, das in der israelischzionistischen Zeitung *Yediot Ahronot* (22. März 1974) veröffentlicht wurde, forderte Hawatmeh „einen vereinigten demokratischen Staat, wo Palästinenser und Israelis mit gleichen Rechten und Pflichten Zusammenleben werden“, fügte jedoch hinzu „wir wissen, daß die Errichtung eines vereinigten demokratischen Staates aktuell nicht möglich ist“ (zitiert aus *New Outlook,* Mai 1974). In einem späteren Artikel wies Jacobs daraufhin:

> „Da die DPFLP schon recht lange keine Guerilla-Aktionen mehr durchgeführt hatte, konnte man leichter den Vorwurf gegen sie erheben, daß es ihr an Militanz und Mut fehle. Hawatmehs Erklärung verstärkte den Druck gegen ihn; Ma'alot verminderte ihn.“ (*New Outlook,* August-September 1974)

Die Notwendigkeit, mit heroisch-spektakulären Aktionen von seiner Kapitulationspolitik ablenken zu müssen, hat bei Hawatmeh sofort die letzten Erkenntnisse hinweggefegt, die er aus seiner „marxistischen“ Phase noch besaß.

Die „Ablehnungsfront'1

Die PFLP, die PFLP-Generalkommando (PFLP-GC), die Arabische Befreiungsfront (ALF) und die Volkskampffront haben die Perspektive eines „Mini-Staates“ und das Manöver Arafats, bei einer erneuten Genfer Friedenskonferenz den Delegiertenstatus zu erhalten, abgelehnt. Diese Gruppen haben eine „Ablehnungsfront“ gebildet, die ihre Treue zu der alten Forderung nach „Revolution bis zum endgültigen Sieg“ bekundet hat. In einem Interview mit der italienischen Zeitung *IIManifesto* vom 29./30. Januar 1974 erklärte der Führer der PFLP, Habasch:

> „Die Gefahr der Genfer Konferenz besteht in der Abschwächung des Hasses des arabischen Volkes gegen den US-Imperialismus und stellt ihn als neutralen Schiedsrichter dar...
>
> Dann würde sich der Kampf der palästinensischen und arabischen Massen aus einer antiimperialistischen Befreiungsbewegung in einen begrenzten nationalistischen Kampf für die Rückgewinnung einiger der verlorenen Gebiete verwandeln.“

Während die PFLP den Anschein erweckt, als handele es sich bei dieser „Ablehnungsfront“ um eine militante unabhängige palästinensische Kraft, ist dies weit von der Wahrheit entfernt. Die PFLP-Generalkommando wird von Ahmed Jibril, einem ehemaligen syrischen Armeeoffizier, geführt. Als die syrische Regierung im September 1968 drei Führer der PFLP, darunter Habasch, in Damaskus verhaftete, weigerte sich Jibril, die Verhaftung zu verurteilen und spaltete sich von der PFLP ab. Die Arabische Befreiungsfront wurde von der irakischen Ba'ath-Partei gegründet. Und alle drei — PFLP, PFLP-GC und die ALF - stehen dem irakischen Regime sehr unkritisch gegenüber.

Auch wenn Habasch mehr durch die von ihm organisierten Flugzeugentführungen und durch das von ihm geplante und von Mitgliedern der japanischen „Roten Armee“ durchgeführte Massaker auf dem Flughafen von Lod als durch seine Beiträge zur marxistischen Theorie bekannt geworden ist, so hat er doch in letzter Zeit eine Reihe treffender Bemerkungen zur Politik des Fatah-DPFLP-Blocks gemacht. Doch wir erinnern uns der gleichermaßen treffenden Kritik Hawatmehs sowohl gegenüber Fatah wie der Habasch-Gruppe vor noch gar nicht allzu langer Zeit. Ohne *grundsätzlichen* Bruch mit der Politik der nationalen Einheitsfront, der Revolution in Etappen und der Konzeption des Volkskriegs und ohne die Anerkennung der Notwendigkeit, die Arbeiterklasse innerhalb Israels in den Kampf gegen Zionismus und arabische Reaktion mit einzubeziehen, wird jede Teilkritik zwangsläufig in einer Sackgasse enden.

Was von Habaschs „marxistisch-leninistischem Internationalismus“ zu halten ist, entlarvte er selbst, als er 1970 auf die Frage eines SYera-Reporters, ob nicht die Flugzeugentführungen der PFLP einen neuen Weltkrieg auslösen könnten, antwortete:

> „Oh, ja. Aber ich kann Ihnen versichern, daß uns das nicht stört.
>
> Außer uns hätte die ganze Welt in einem solchen Krieg etwas zu verlieren. Wäre dies der einzige Weg, um Israel, die zionistische und arabische Reaktion zu zerstören, würden wir den dritten Weltkrieg willkommen heißen.“

Angesichts der Folgen, die ein dritter Weltkrieg für die ganze Menschheit hätte, scheint das, was Lenin über die Frage der polnischen Unabhängigkeit am Vorabend des ersten Weltkrieges gesagt hat, noch viel zu milde zu sein:

> „Einzig und allein um der Wiederaufrichtung Polens willen für einen europäischen Krieg sein — das hieße ein Nationalist schlimmster Sorte sein, die Interessen der kleinen Anzahl von Polen höher stellen als die Interessen von Hunderten Millionen Menschen, die durch den Krieg leiden.“ („Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, *LW* 22, 358)

Ein Bantustan für palästinensische Flüchtlinge

Die Vorbereitungen für einen fünften Nah-Ost-Krieg sind in vollem Gange. Israel und Syrien haben ihre Truppen in volle Alarmbereitschaft versetzt. Arafat hat in einem Interview mit *Time* (11. November 1974) einen Krieg in höchstens sechs Monaten vorausgesagt. Auf der Konferenz in Rabat wurde ein gemeinsames Militärkommando vorgeschlagen, das Syrien, Jordanien, Ägypten und die PLO umfassen soll. Inzwischen versorgen die USA Israel mit Waffen, und die UdSSR pumpt modernste militärische Ausrüstungen nach Syrien und dem Irak. Wir haben davor gewarnt, daß auch ein neuer Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten den Palästinensern nicht die nationale Befreiung bringen würde, genauso wenig wie das von der UNO, einer Genfer Friedenskonferenz oder einem „Mini-Staat“ am Westufer des Jordan zu erwarten wäre.

Der vorgeschlagene Staat westlich des Jordan würde sogar ein kleineres Gebiet umfassen, als das, welches den Palästinensern vom UNO-Teilungsplan 1947 versprochen wurde, und wenn die Gerüchte um einen geheimen Handel zwischen Breschnew und Ford wahr sind, würde dies die Anerkennung des zionistischen Staates mit seinen jetzigen Grenzen bedeuten {*New York Times*, 29. November). Damit überließe man die 450 000 palästinensischen Araber, die innerhalb der Grenzen Israels, die vor dem Krieg 1967 bestanden, leben, ihrem Schicksal und einem Leben als Bürger zweiter Klasse. Außerdem würde man damit den Ergebnissen der zionistischen Eroberung in den Jahren 1948-49 zustimmen.

Im Krieg 1948 hat die Arabische Liga, trotz ihrer frommen Beteuerungen, für die nationalen Rechte der Palästinenser

zu kämpfen, sich all das Land angeeignet, was die Zionisten nicht besetzt hatten. Syrien riß den El Hamma-Bezirk in den Golan-Höhen an sich, Ägypten nahm sich den Gaza- Streifen, und Transjordanien verwandelte sich in das haschemitische Königreich von Jordanien, indem es sich das Westufer einverleibte. Im letzteren Fall kam es zu einer aktiven Zusammenarbeit zwischen König Abdullah und den Zionisten, um einen unabhängigen palästinensischen Staat zu verhindern. (Siehe dazu „Geburt des zionistischen Staates: Eine marxistische Analyse; Teil 2/Der 48er-Krieg“, *Workers Vanguard* Nr. 45, 24. Mai 1974). Weder in den Kriegen von 1948, 1967 noch 1973 haben die Saudis, die Haschemiten, die Nasseristen und die Ba’athisten für die Befreiung der Palästinenser gekämpft.

Für eine arabisch-hebräische palästinensische Arbeiterrepublik!

Zur gleichen Zeit, wo wir uns gegen jede „Mini-Staat“-Konzeption wenden, verteidigen wir jedoch das Recht der Palästinenser, ihre eigene Regierung im Gaza-Streifen und am Westufer des Jordan als teilweise und deformierte Anwendung ihres Rechts auf Selbstbestimmung zu etablieren. Anderenfalls wäre unsere Forderung nach bedingungslosem und sofortigem Abzug Israels aus den besetzten Gebieten eine leere Phrase. Wenn die Mehrheit der Palästinenser noch keine reale Alternative zur PLO-Führung erkennt und den Mini-Staat für ein kleineres Übel hält, so haben die Zionisten jedenfalls kein Recht, die unterdrückten Palästinenser an der Wahrnehmung ihrer vermeintlichen Interessen zu hindern. Eine revolutionäre Vorhut allerdings hat die Pflicht, die an die PLO-Politik geknüpften Illusionen schonungslos zu entlarven.

Revolutionäre Sozialisten würden einer unabhängigen palästinensischen Kraft, die für die Selbstbestimmung der Palästinenser kämpft, militärische Unterstützung geben, solange sie nicht einfach der verlängerte Arm einer der arabischen Regime ist. Wir sind jedoch gegen eine neue Konfrontation zwischen den arabischen Regimen und Israel. In einer solchen Konfrontation würden wir, genauso wie in den Kriegen 1948, 1967 und 1973, den revolutionären Defätismus auf beiden Seiten propagieren.

Ein neuer arabisch-israelischer Krieg würde zum wiederholten Male die Nationalisten auf beiden Seiten stärken und das revolutionäre Potential in den kommenden sozialen Krisen in Israel und den besetzten Gebieten unterminieren. Es ist notwendig, eine multinationale bolschewistische (trotz- kistische) Partei aufzubauen, die die Streiks in Tel-Aviv, Aschdod und Haifa mit den Demonstrationen der Araber auf dem Westufer gegen die israelische Besatzung verbinden könnte.

Wir weisen darauf hin, daß das Recht auf Selbstbestimmung, sowohl für palästinensische Araber wie für Hebräer, nur auf dem Gebiet, das heute von Israel und Jordanien besetzt wird, verwirklicht werden kann. Diese nationalen Ansprüche sind jedoch das Produkt einer historischen Entwicklung, in deren Verlauf zwei Völker auf demselben Gebiet zusammengestoßen sind. Unter *kapitalistischen* Bedingungen würde eine neue Teilung Palästinas mit den massiven zwangsweisen Bevölkerungsumsiedlungen den arbeitenden Massen nur unbeschreibliches Elend bringen — wie die Teilung Zyperns durch die türkische Armee im Juli 1974 demonstriert hat.
Obwohl die hebräische Nation heute eine Unterdrückernation ist und das palästinensische Volk unterdrückt, würde eine wirklich demokratische Lösung die Unterdrückung nicht einfach umkehren. Das „demokratische“ Palästina der Kommandogruppen leugnet die Existenz eines hebräischsprachigen Volkes als Nation; man verspricht nur die „Gleichberechtigung von Mohammedanern, Juden und Christen“, tut also, als ob die Juden im vereinigten „demokratischen“ Palästina nur eine religiöse Minderheit wären (etwa arabischer Nationalität mittels zwangsweiser Arabisie- rung?). Diese Leugnung des Rechts der hebräischen Nation auf Selbstbestimmung bedeutet zwangsläufig, den hebräischen Arbeitern jede Rolle bei der Vernichtung des zionistischen Staates abzusprechen.

Eine echte demokratische Lösung kann für palästinensische Araber und Hebräer nur durch die Bildung eines binationalen arabisch-hebräischen Arbeiterstaates, als Teil einer sozialistischen Föderation im Nahen Osten, verwirklicht werden, entstanden als Produkt des gemeinsamen Klassenkampfes von arabischen und jüdischen Arbeitern gegen ihre herrschenden Klassen. ■

Der Spartacusbund und die Sozialdemokratie

Vor etlichen Jahren, als die Spartacist League/US erste Kontakte mit Vorläufern des Spartacusbundes aufnahm, hat sie die Frage der Einschätzung der SPD als Kernfrage der proletarischen Revolution in Westdeutschland aufgeworfen. Seitdem ist viel Wasser den Rhein hin ab ge flössen. Die Vorläufer des Spartacusbundes haben sich gespalten und teilweise wieder fusioniert, Positionsänderungen vollzogen und alten Brei neu aufgewärmt. Inzwischen hat die Internationale Spartacist Tendenz in Deutschland fußgefaßt; die Trotzkistische Liga Deutschlands wurde gegründet. Es liegen offizielle Dokumente — neu gedruckt — zur Darstellung unserer unveränderten Position vor. Doch der Spartacusbund kramt einen alten Aufsatz seines Chefideologen aus, ignoriert die Geschichte unserer Auseinandersetzung und ihre aktuelle Gestalt. Aber immerhin: er antwortet endlich auf unsere Herausforderung. In *Ergebnisse und Perspektiven*, Nr. 2, November 1974 (dem theoretischen Organ des Spartacusbundes) geifert Peter Tanas über „Healyistischen Opportunismus der Spartacist League/USA“, ohne zu wissen, was er schreibt. Unser Opponent ist keine neue Zielscheibe unserer Polemik. Nachdem wir Fehler und Fälschungen eines D. J. Vater (in: *KK* Nr. 1) aufgedeckt und die waghalsigen Interpretationen eines F-x (in: *KK* Nr. 4) angeprangert haben, haben wir es nun mit einem weiteren Pseudonym ein und desselben Chefideologen des Spartacusbundes zu tun. Tanas polemisiert gegen zwei Dokumente aus unserer Tendenz, die zu einer Zeit verfaßt wurden, als in Deutschland die SPD von den vorgeblichen Trotzkisten nahezu durchgängig mit der Demokratischen Partei der USA verglichen wurde. Doch wir stehen zu unseren Positionen, die sich nicht verändert haben, auch wenn ihre spezifische Darlegung durch die Position unserer Opponenten bedingt war. Wir übernehmen aber keine Verantwortung dafür, daß die deutschen Spartacusse ihre Positionen zur Sozialdemokratie ebenso variiert haben wie andere Leute ihre Pseudonyme!

Die SPD — eine bürgerliche Arbeiterpartei

Von Anbeginn der Auseinandersetzung an hat die SL/US den deutschen Genossen eins einzuhämmern versucht: die Sozialdemokratie hat einen *widersprüchlichen* Charakter. Sie ist zugleich eine bürgerliche Partei und eine Arbeiterpartei. Sie wird durch den Klassenantagonismus bestimmt. Gen. Sharpe erläuterte in einem Brief an Spartacus/BL (29. Dezember 1972) die orthodoxe Betrachtungsweise solcher Parteien „als Arbeiterparteien derart, daß sie eine proletarische Basis haben und aufgrund ihres historischen Ursprungs und ihre Bindung an die Gewerkschaften die traditionellen Träger des Vertrauens der Arbeiter bleiben, und zugleich als bürgerliche Parteien, deren reformistische Führungen die Fortdauer der bürgerlichen Herrschaft durch ihre Klassenkollaborationspolitik mit dem Klassenfeind sichern“.

Die Hauptthese der SL/US ist also, daß die SPD in Westdeutschland die traditionelle Führung der Arbeiterklasse repräsentiert, was gleichzeitig bedeutet, daß ein Widerspruch zwischen dieser etablierten: reformistischen, bürgerlichen, konterrevolutionären, sozialimperialistischen Führung auf der einen Seite und ihrer Basis, dem Proletariat, auf der anderen Seite besteht. Als Marxisten betrachten wir das Proletariat jedoch nicht als passives Objekt, als Stoff der Geschichte, den es zu modeln gilt, nicht unter dem alleinigen Gesichtspunkt, was die traditionelle Führung, der konterrevolutionäre Reformismus, den Arbeitern an *tut* — wie alle Vorgehen müssen, die bei der Analyse der Sozialdemokratie nur die eine Seite betrachten, nämlich den durchaus bürgerlichen Klassencharakter sozialdemokratischer Politik. Vielmehr verstehen wir das Proletariat als Subjekt, d.h. wir fragen: wo stehen die Arbeiter, wie verhalten sie sich? So polemisiert Tanas zurecht gegen die ultralinke Einschätzung der SPD in einer Anmerkung: „Mit dem alleinigen Beharren auf der Formel,Arbeiterbestand[4] bzw. , Arbeite ranhang[4] wird nur die einseitige *Kontrollfunktion* der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse ausgedrückt, nicht aber angegeben, wie die Arbeiter *aktiv* auf die sozialdemokratische Arbeiterbürokratie in Partei und Gewerkschaften einwirken“ (.*Ergebnisse und Perspektiven*, Nr. 2, S. 95, Anm. 143). Tanas anerkennt auch die Konsequenzen dieser Einschätzung: die sozialdemokratischen Klassenverräter können unter bestimmten Bedingungen mögliche Träger der Mobilisierung und Organisierung der Arbeiterklasse sein (ebd., S. 62); selbst der Antagonismus zwischen Klasse und traditioneller Führung (ebd., S. 72), zwischen Arbeiterbasis und Arbeiterbürokratie wird von ihm anerkannt. Kurz und gut: Tanas akzeptiert unsere orthodoxe Charakterisierung der Sozialdemokratie. „Die sozialdemokratische Strömung in der Arbeiterbewegung wird durch den Klassenantagonismus bestimmt“ (ebd., S. 57); und weiter unten betont er: „Wer heute das Bild einer nichts als bürgerlichen SPD (...) ausmalt, idealisiert zugleich die SPD seit 1914...“ (ebd., S. 67). Man sollte nun meinen, er bringt den Klassenwiderspruch auch in seinem Begriff von der Sozialdemokratie zum Ausdruck, wie wir es mit der orthodoxen Formulierung „bürgerliche Arbeiterpartei[44] tun! Weit gefehlt! Er polemisiert vielmehr, unsere Formulierung trage dem *widersprüchlichen* Charakter der SPD in der imperialistischen Epoche nicht Rechnung (ebd., S. 74)? ? ! Verstehe, wer kann! Die Perspektive, den Klassenwiderspruch der Sozialdemokratie durch Spaltung aufzuheben, wird als absurd lächerlich gemacht (ebd.). Alle Bestimmungen, die in der Kritik gegen die GIM und die ehemalige KJO Spartacus korrekt entwik- kelt wurden, werden in der Polemik gegen uns fallengelassen; übrig bleibt — ein Lenin-Zitat ist schnell zur Hand — die Erkenntnis, eine wirklich politische Arbeiterpartei ist nur die revolutionäre Partei des Proletariats — von diesem Standpunkt aus ist die Sozialdemokratie eine durch und durch bürgerliche Partei. Gewiß bleibt diese „Erkenntnis“ unbestritten, doch sie steht am Anfang der Analyse, kennzeichnet eben nicht ausreichend die „sozialdemokratische Strömung *in* der Arbeiterbewegung[44].

Traute Gemüter könnten nun meinen: Letztlich gehe der Streit nur um Worte; die politischen Charakterisierungen der SPD seien wesentlich identisch; diese Tatsache werde nur dadurch vernebelt, daß Tanas immer irrational argumentiere und seine eigenen Einsichten vergesse, wenn er die rote Provokation — die Spartacist League — wahrnimmt. Doch seine Haßtiraden gegen uns fördern seine Abweichung

vom Trotzkismus, seine Kapitulation vor dem Stalinismus zutage.

Stalinismus und Sozialdemokratie — kein qualitativer Unterschied

Tanas wirft uns Stalinophobie vor, weil wir den Stalinismus gleichermaßen wie die Sozialdemokratie als konterrevolutionäre Barrieren in der Arbeiterbewegung, als bürgerliche Arbeiterpartei, betrachten, weil wir mit Trotzki der Ansicht sind, daß der Stalinismus ebenfalls seinen 4. August, d.h. seinen Übergang ins bürgerliche Lager hatte. Wohlgemerkt, es geht hier um die *allgemeine* Klassifizierung, nicht um die unterschiedlichen Formen und Entstehungsgründe, um die Varianten des Reformismus. Belegen wir die Position von Tanas mit seinen Aussagen (a.a.O., S. 75 f.): Während die Sozialdemokratie seiner Ansicht nach „nichts als konterrevolutionär" ist, hat die Sowjetbürokratie auch zentristische Tendenzen; die KPen seien nicht nur Kreml-Agenturen, sondern unterlägen den besonderen Bedingungen der Arbeiterbewegung in den jeweiligen Ländern. Relevante _ Belege für seine Unterscheidung von Stalinismus und sozialdemokratischem Reformismus findet Tanas bei Trotzki nur aus dem Zeitraum, als Trotzki den Stalinismus als „bürokratischen Zentrismus" charakterisiert hatte, eine Einschätzung, die von Trotzki aufgrund des Bankrotts des Stalinismus aufgegeben wurde. Einen wirklichen Spaß bereitet einem die Tatsache, daß dem zitierfreudigen Tanas (in seinen 234 Anmerkungen weist er auf mehr als 1 000 Textstellen hin, oft werden die kleinsten Banalitäten belegt; allerdings konnten wir schon D. J. Vater ein leichtfertiges Umgehen mit Zitaten nachweisen, Tanas unterscheidet sich — wie zu erwarten — in nichts von seinem „Vorgänger") der Zettelkasten durcheinander geraten ist. Gerade da, wo er belegen will, daß der sozialdemokratische Reformismus dem Reformismus der KPen nicht gleichzusetzen ist, hebt Trotzki hervor, daß *trotz* der Differenzen der Vergleich des 5. März 1933 mit dem 4. August 1914 legitim ist; diese Daten bezeichnen die wesensmäßige Identität: die Erschöpfung ihrer revolutionären Rolle, der Beginn ihrer konterrevolutionären Funktion. „Diese Analogie durch nicht zur Sache gehörende Betrachtung zu verwirren, heißt Unfähigkeit zu konkret geschichtlichem, d.h. dialektischem Denken an den Tag zu legen." Solches findet man also dort, wo Tanas die Differenz wesentlich belegt wähnt (Leo Trotzki, *Schriften über Deutschland,* Frankfurt/M 1971, S. 567, 522 f.; im folgenden zitiert: *SüD).*

Gegen die Sozialdemokratie hebt Tanas den Stalinismus ab, der 1. zentristische Strömungen hervorbringen könne und 2. ein rechtmäßiger Teil der Arbeiterbewegung sei, der lediglich mißbraucht werde. Kurz und aktuell: die DKP wird im bewußten Gegensatz zur SPD als „besondere Arbeiterpartei" hochstilisiert. Demgegenüber gilt es festzuhalten: 1. Auch aus dem sozialdemokratischen Reformismus heraus können zentristische Strömungen erwachsen: siehe die Analysen Trotzkis, die im Zusammenhang mit der „französischen Wende" stehen, siehe die SAP. Die SAP taucht übrigens bei Tanas in einem merkwürdigen Zusammenhang auf: in der Anmerkung 229 (a.a.O., S. 107) wird völlig unvermittelt sowohl zum Text als auch zum ersten Teil der Anmerkung die Herausbildung der SAP („1929"? !) und der USPD („in der SPD nach 1919"? ? !) als Kriterium für die Entrismustaktik angeführt!!! Man fragt sich, warum nicht die Komintern der deutschen KP den Entrismus in die USPD und Trotzki der Linken Opposition den in die SAP empfohlen hat — Tanas weiß nicht, was er schreibt.



Cunhal, Chef der portugiesischen Stalinisten und Mitglied der bürgerlichen Regierung

2. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind ebenso wie die stalinistischen ein „rechtmäßiger Teil der Arbeiterbewegung" — auch wenn sie wie die stalinistischen Arbeiter einer konterrevolutionären Führung folgen. Der „besondere" Charakter der DKP besteht allein darin, daß sie *reine* Agentur der Arbeiterbürokratien der DDR und der SU ist, keine Wurzeln in der Arbeiterklassenbewegung Westdeutschlands hat; die historische Kontinuität des Stalinismus — im Gegensatz zur Sozialdemokratie — als Arbeitermassenpartei in Westdeutschland ist abgeschnitten. Die stalinistischen Arbeiterparteien DKP und SEW repräsentieren keine breiten Tendenzen der proletarischen Massenbewegung. Wir bestreiten nicht, daß sie (a) Bestandteil der Arbeiterbewegung sind und (b) Parteicharakter (d.h. eine andere politische Wirkungsweise als Propagandagruppen) haben, also Arbeiterparteien sind. Trotzki hat den Bruch in der Kontinuität der deutschen KP früh prognostiziert: „Als revolutionäre Partei wird sie sich nicht wieder erheben. Kann sie in anderer Form, mit einer anderen politischen Funktion weiter bestehen? Wenn ja, so nicht als Massenorganisation des deutschen Proletariats, sondern als reiner Typ einer Agentur der stalinistischen Bürokratie" *(Süd,* S. 569).

Gerade der Bankrott des Stalinismus hat es der Sozialdemokratie ermöglicht, unter der Fahne der Demokratie sich die Hegemonie über die Arbeiterklasse in Westdeutschland zu erobern. „Die unheilvolle Politik der Komintern, welche sich vermöge der Autorität des Arbeiterstaates aufrechterhält, hat nicht nur die revolutionären Methoden kompromittiert, sondern auch der mit Verbrechen und Verrat besudelten Sozialdemokratie die Möglichkeit gegeben, von neuem vor der Arbeiterklasse die Fahne der Demokratie als die Fahne des Heils zu schwingen" *(SüD,* S. 627). Trotz der Verbrechen der Sozialdemokratie verlassen die westdeutschen proletarischen Massen nicht diese Partei, sie geben den Verrätern weiterhin ihr Vertrauen; sie werden mit der Sozialdemokratie brechen, wenn sie sie durch eine andere Partei ersetzen können; und sie wissen — besser als der Wirrkopf Tanas —, daß der Stalinismus keine Alternative ist.

Der Stalinismus in Westdeutschland und seine Partei, die DKP, sind für die Massenradikalisierung des Proletariats bedeutungslos; wir halten es für extrem unwahrscheinlich, daß sich nennenswerte Teile des westdeutschen Proletariats über stalinistische Organisationen einer sozialistischen Perspektive zuwenden werden.

Doch Tanas hat noch ein gewichtiges Argument für den bürgerlichen Charakter der Sozialdemokratie im Gegensatz zum besonderen Arbeitercharakter des Stalinismus: die Verschmelzung der Sozialdemokratie mit dem Staatsapparat. Erstens schlagen wir Tanas mit Tanas; denn er weiß — wie wir — , daß diese Verschmelzung nicht erst seit gestern existiert, sondern daß sie bereits im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts einsetzte, und er weiß: „Verbürokratisierung und Verstaatlichung" der Sozialdemokratie sind zunehmende Tendenzen, begründen aber keine neuartige Qualität“ (a.a.O., S. 38). Eben, mehr wollen wir auch nicht sagen. Darüber zu jammern, daß ein (ehemaliges) SL-Mitglied (und BL-Freund) hervorgehoben hat, daß der Reformismus den politischen Einfluß bzw. Druck der Bourgeoisie auf die Arbeiterbewegung widerspiegelt, geziemt sich nicht für jemanden, der ebenfalls von den „falschen Vertretern der Arbeiter (Sozialdemokratie und Stalinismus), die dem bürgerlichen Einfluß unterliegen“, spricht (ebd., S. 53) und der als allgemeine Ursache des Reformismus den „indirekten imperialistischen Druck auf die Organisationen und Institutionen der Arbeiterklasse“ angibt (ebd., S. 75).

Zweitens aber ist es ein erheblicher Irrtum, davon auszugehen, daß — während die Sozialdemokratie direkt mit ihrer nationalen Bourgeoisie kollaboriert und deshalb sowohl unmittelbar vor den imperialistischen Karren gespannt und in den bürgerlichen Staat integriert werden kann — der Stalinismus als Massenbewegung allein dem imperialistischen Druck vermittels der Usurpatorenkaste der Sowjetbürokratie ausgesetzt ist. Der „historische Kompromiß“, der in jeder Volksfrontpolitik von nationalen stalinistischen Parteien mit ihren Bourgeoisien eingegangen wird, ist ebenso beredtes Zeugnis wie die Entwaffnung des Proletariats, der Widerstandsbewegung beim Ausgang des II. Weltkrieges durch die Stalinisten — als mitbeteiligte Träger bürgerlicher Staatsmacht — in Griechenland und Frankreich, wie die „kommunistische Kommunalbürokratie“ in Italien, wie die privilegierten Beziehungen der portugiesischen Minister-Stalinisten zur Militärbewegung usw. usf. Also: Stalinismus integriert sich gleichermaßen in den bürgerlichen Staat — in der allgemeinen Klassifizierung sind Stalinismus und Sozialdemokratie bürgerlich-konterrevolutionäre Strömungen, unabhängig von unterscheidenden Merkmalen, die zudem von nationalen „Besonderheiten“ bestimmt sind.

In der Polemik *gegen* die ultralinke Einschätzung der SPD (als durch und durch bürgerliche Partei) und *gegen* die rechtsopportunistische Charakterisierung der DKP bzw. SEW (als „einzige Arbeiterpartei“) haben wir den „Arbeitercharakter“ der SPD und die bürgerliche Funktion des Stalinismus betont. Wir konnten dies tun, weil wir beide — Sozialdemokratie und Stalinismus — als reformistische Tendenzen in der Arbeiterbewegung, als bürgerliche Arbeiterparteien betrachten. Unsere polemische Betonung einer Seite gegen abweichlerische Positionen heißt aber nicht — wie es Tanas unterstellt —, daß wir die andere Seite: die bürgerliche Funktion der SPD und den Arbeitercharakter stalinistischer Parteien leugnen würden.

Anti-SL-Stimmungsmache führt zum Antileninismus

Gen. Tanas polemisiert gegen das Dokument des Gen. Moore, „Reformismus und reformistisches Bewußtsein in der Arbeiterklasse“ (wir betonen: dieses Dokument war nie die *offizielle* Darlegung der Position der SL/US); er greift sich insbesondere die Passagen heraus, in denen Moore — korrekt - Lenins Kampf gegen Ökonomismus und Reformismus rezitiert; da das Moore-Dokument seit langem nicht mehr greifbar ist, wollen wir hier eine wesentliche Passage ausführlich zitieren:

> „In seinem Kampf gegen die Ökonomisten identifizierte Lenin das Gewerkschaftsbewußtsein (in England und
> in den USA) als die Quelle des reformistischen Einflusses, d.h. des bürgerlichen Einflusses, *innerhalb* der Arbeiterklasse. In den ersten Etappen des Kampfes gegen die Ökonomisten standen die späteren Menschewiki auf der





Sozialdemokraten sorgen für „Ruhe und Ordnung": Bluthund Noske und Bundesjustizminister Vogel

> Seite Lenins gegen die Ökonomisten mit ihrer einfachen und ausschließlichen Orientierung auf die Gewerkschaften. Während die Menschewiki mit Lenin über die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Partei und des Kampfes gegen die Ökonomisten übereinstimmten, brachen sie mit Lenin über die Frage des Charakters der Partei. Für Lenin war es nicht genug, die *allgemeine* Notwendigkeit einer revolutionären sozialdemokratischen Partei anzuerkennen. Die Partei in ihrer Struktur und Organisation hatte die Natur der revolutionären Aufgaben widerzuspiegeln; die Partei mußte ein Instrument des zukünftigen Sozialismus sein und durfte nicht den vorhandenen Stand des Klassenbewußtsein des Proletariats bloß reflektieren. Nur die Avantgarde-Partei — im Gegensatz zu Kautskys Theorie der sozialdemokratischen Partei als Partei der Gesamtklasse — kann die Hegemonie der bürgerlichen Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse brechen. Es gibt nur zwei Alternativen innerhalb der Arbeiterbewegung: entweder revolutionäres Klassenbewußtsein oder Unterwerfung unter die bürgerliche Ideologie. Durch spontane Klassenaktionen kann die Arbeiterklasse nur gewerkschaftliches Bewußtsein erreichen, und dieses Bewußtsein ist das entscheidende Instrument für die bürgerliche Ideologie innerhalb der Arbeiterklasse.
>
> ‚... die Anhänger der „reinen Arbeiterbewegung“,... die Gegner jeder nichtproletarischen Intelligenz ... gezwungen sind, bei der Verteidigung ihrer Position zu den Argumenten der *bürgerlichen* „Nur-Gewerkschaftler“ Zuflucht zu nehmen... Das beweist..., daß *jede* Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des „bewußten Elements“, der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich — *ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht - die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet* (Lenin, ‚Was tun? ‘, Werke, Bd. 5, S. 393-4).
>
> Wie das revolutionäre Klassenbewußtsein ‚nur von außen an die Arbeiterklasse herangebracht werden kann’

(ebd., S. 385), besteht für die Arbeiterklasse nur folgende Wahl: entweder sozialistische Theorie oder bürgerliche Ideologie. Das spontane Streben der Gewerkschaftler, sich unter das Banner der Bourgeoisie zu begeben, kann nur durch bewußte Interventionen der Avantgarde verhindert werden, die die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die bürgerliche Ideologie allein abwenden kann und die Aufgabe hat, ‚sie unter die Fittiche der revolutionären Sozialdemokratie zu bringen' (ebd., S. 396). Hier liegt der Kern von Lenins späterer Analyse der Wurzeln des Menschewismus, des Liquidatorentums und des Sozialchauvinismus innerhalb der Arbeiterklasse. Die Hegemonie der bürgerlichen Ideologie ist nicht als ein außerordentlicher Umstand zu betrachten, sondern sie ist die Norm täglichen Bewußtseins der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft. Nur durch bewußte Intervention der revolutionären Führung ist es möglich, diese Situation zu ändern. Mit anderen Worten: die demokratisch gewählten Gewerkschaftsführer, die ‚natürlichen' Führer der Klasse, die die einfachste Form der Klassensolidarität repräsentieren, werden durch den logischen Weg des Klassenkampfes zu Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung. Als die Gewerkschaften erstarkten, vermittelten die unvermeidliche Anhäufung von materiellen Mitteln, die Zeitungen usw. ein Interesse, den Status quo aufrechtzuerhalten, und die Gewerkschaftsbürokratie, die sich direkt auf die Arbeiterklasse stützt, kam dazu, sich mit der kapitalistischen Ordnung zu identifizieren. Vom marxistischen Standpunkt sind Gewerkschaften Institutionen, die im Rahmen des Kapitalismus bestehen, d.h. sie ‚erfaßten eigentlich nur die Beziehungen der Arbeiter *eines bestimmten Berufes* zu ihren Unternehmern und erreichten nur, daß die Verkäufer der Arbeitskraft lernten, diese „Ware" vorteilhafter zu verkaufen und den Kampf gegen den Käufer auf der Basis einer rein kommerziellen Übereinkunft zu führen (ebd., S. 412). Trotz des bürgerlichen Charakters der Führung der Gewerkschaften und trotz des begrenzten kapitalistischen Charakters der Gewerkschaften als Tarifunterhändler auf dem Arbeitsmarkt hat Lenin — als revolutionärer Marxist — nie daraus geschlossen, daß die Gewerkschaften und ihre reformistische Bürokratie bürgerlich sind im Sinne wie die Staatsbürokratie, wie bürgerliche politische Parteien, wie Unternehmerverbände usw."

Kernthese dieser Leninrezeption ist also: Ohne revolutionäre Führung sind Gewerkschaften und Arbeiterparteien gezwungenermaßen bürgerlich — trotz Arbeiterbasis. Tanas und sein Spartacusbund haben dagegen keinen Begriff vom Reformismus als bürgerlicher Arbeiterpolitik — dessen weitere Existenzgrundlage allein in der Krise der Führung des Proletariats liegt. Ihre Unterscheidung eines progressiven (proletarischen) Reformismus in der Epoche des aufsteigenden Monopolkapitalismus („als wirkliches Fundament der Arbeiterpolitik", Tanas) vom konterrevolutionären (bürgerlichen) Reformismus in der Epoche des Imperialismus, dem die ökonomische Basis fehlt, ist in erster Linie die Leugnung des antireformistischen Kampfes Lenins, aber auch Luxemburgs. Die Wurzeln des Unvermögens, historisch den Reformismus als Aufgipfelung „reiner" Arbeiterpolitik zu begreifen, liegen in dem selbst ökonomistisch bornierten Programmverständnis des Spartacusbundes (siehe *KK* Nr. 4).

Grundlegende Elemente des Leninismus werden von Tanas geleugnet. Betonen wir noch einmal gegen ihn und



Arbeiterverräter Wilson und Schmidt

den Spartacusbund: Die „reine“ Arbeiterbewegung schafft keine sozialistische Theorie. Das revolutionäre Bewußtsein des Proletariats entsteht nicht von innen heraus aus dem ökonomischen Kampf. Das revolutionäre Bewußtsein muß der Klasse von außen, d.h. von außerhalb ihres spontanen Kampfes vermittelt werden. Dies erklärt sich 1. durch den Charakter des revolutionären Bewußtseins des Proletariats als Klasse: seine Selbsterkenntnis als Klasse ist in letzter Analyse umwälzende Totalitätserkenntnis der Gesellschaft (siehe: *LW* 5, 426). Und 2. sprengt der Entstehungsprozeß des Sozialismus als Theorie den bornierten Rahmen der engen, „reinen“ Arbeiterbewegung. Sozialismus ist nicht identisch mit dem spontanen Klasseninteresse des Proletariats (siehe: *LW* 6, 155).

Die Analyse des Charakters der spontanen Arbeiterbewegung und der Rolle der Bewußtheit führt Lenin dazu, eine scharfe Trennungslinie zwischen ökonomistischer bzw. trade-unionistischer und „sozialdemokratischer“ (d.h. bei Lenin zu dieser Zeit: revolutionärer) Tätigkeit zu ziehen. Die jeweils „höhere“ Form des Kampfes negiert nicht die „niedrigere“, sondern hebt sie im dialektischen Sinne auf.

„Der ökonomische Kampf ist ein kollektiver Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer für günstige Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter“ *(LW* 5,417). Jedoch, der Kampf zielt nicht darauf ab, den Warencharakter der Arbeitskraft aufzuheben, bleibt also unter den Bedingungen des kapitalistischen Systems, es geht um den Preis der Ware Arbeitskraft. Nichtsdestoweniger hat diese der Funktionsweise des Kapitalismus inhärente Form der Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie Bedeutung und wird sie behalten, „solange der Kapitalismus besteht, der notwendigerweise die Selbstverteidigung der Arbeiter hervorruft“ *(LW* 5, 411). Der ökonomische Kampf, der auch spezifische („reine“) Arbeiterpolitik umfaßt, wird zum trade-unionistischen; der trade-unionistische Kampf ist mehr als der ökonomische Kampf gegen Einzelunternehmer, er ist der politische Kampf, der aus der eigentlichen Arbeiterbewegung elementar hervorgeht (dies gilt auch, wenn der Gegner der „reinen“ Arbeiterpolitik die Staatsmacht ist!). Schließt er nach der einen Seite den ökonomischen Kampf ein, so umgreift er nach der anderen den Reformismus. „Die spontane Arbeiterbewegung ist an und für sich nur fähig, Trade-Unionismus hervorzubringen (und bringt ihn auch unvermeidlich hervor), die trade-unionistische Politik der Arbeiterklasse ist aber eben bürgerliche Politik der Arbeiterklasse. Die Teilnahme der Arbeiterklasse am politischen Kampf und selbst an der politischen Revolution macht ihre Politik noch keineswegs zur sozialdemokratischen Politik“ *(LW* 5, 452; weitere Belege für diese Charakterisierung trade- unionistischer Politik *in LW 5,* S. 373, 386, 398, 399,421,“1,452,468 - wir können’s auch, Gen. Tanas!).

„Sozialdemokratische“ Politik im Leninschen Sinne, d.h. revolutionärer Kampf, zielt auf die Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ab. Spontane Arbeiterpolitik bleibt im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung, ist „bürgerliche Arbeiterpolitik“, ist Reformismus — vor und nach 1914.

Ein Beispiel der Taktik

Naja, könnte der naive Leser meinen, aus der terminologischen Differenz ist ein sehr abgehobenes theoretisches Problem der Leninrezeption geworden; aber praktische Differenzen sind doch kaum vorhanden, wenn man die unterschiedliche Bewertung des Stalinismus einmal ausklammert. Ein solcher Leser irrt. Tanas wählt ein taktisches Beispiel: die Klassenauseinandersetzungen in der BRD im Jahre 1972, das Verhältnis der Kommunisten zur SPD in diesen Auseinandersetzungen. Tanas „referiert“ die SL-Position: Zur Wahl 1972 habe die SL die Spartacusse aufgefordert, die SPD in ihre „elementaren Bestandteile, bürgerliche und proletarische, aufzulösen“ und deshalb die Forderung „Brandt raus, SPD an die Macht!“ zu erheben. Die „absurde“ Taktik der SL sei eine „Einheitsfront von unten“. Gegen die verleumderische Wiedergabe unserer Position steht das gedruckte Dokument (siehe den Brief der SL/US vom 14. März 1972, nachzulesen in: *Spartacist,* deutsche Ausgabe, Nr. 1).

Bevor wir jedoch unsere Position vom Jahre 1972 zusammenfassen, wollen wir erst einmal schauen, welche Position unser Opponent hat. Hierzu muß vorweggeschickt werden, daß *im Jahre 1972* beide Spartacus-Organisationen die DKP kritisch unterstützt haben, was ja auch im ausgekramten Tanas-Artikel nachzulesen ist (a.a.O., S. 74). Allerdings ist dem Artikel eine Einleitung vorangestellt, in der *nachträglich* eine andere Position bezogen wird. In dieser Einleitung wird erläutert (ebd., S. 42), daß es im April 1972 eine besondere Klassenkampfsituation in der BRD gab, in der die Arbeiter außerparlamentarisch gegen die Kapitalparteien CDU/CSU kämpften. „Die Arbeiter kämpften tatsächlich für eine sozialdemokratische Regierung... In dieser Situation genügte keine ‚entlarvende[4] Propaganda. Was den Arbeitern im Laufe des Kampfes zum ‚Programm[4] wurde, war für die Avantgarde ein ‚Übergangsprogramm’: die Losung der,ARBEITERREGIERUNG’. ... Indem die Reformisten aufgefordert wurden, eine Regierung zu bilden, welche die grundlegenden Forderungen der Arbeiter verwirklichen sollte, wurde den Arbeitern ein praktischer Weg gewiesen, sich von den Illusionen in die Sozialdemokratie zu befreien und mit dem Reformismus zu brechen.¨ Soweit der Spartacubund,

dessen nachträgliche Position deutlich in die Nähe healyistischer Politik rückt.

Was haben wir nun 1972 geschrieben? Nach einer knappen Bestimmung des Klassencharakters der SPD und der Perspektive, die SPD zu zerstören durch Verschärfung ihres inneren Klassenwiderspruchs, folgen kurze taktische Überlegungen: Zuerst die Ablehnung des Entrismus als aktueller Taktik. Dann der Hinweis, daß die SPD in der bürgerlichen Regierungskoalition ihren inneren Klassenwiderspruch unterdrückt, was folgende Konsequenz hat: „Deshalb sollten wir dem deutschen Arbeiterwähler sagen, daß die SPD solange keine wie auch immer geartete kritische Unterstützung verdient, wie sie nicht mit ihrer Koalitionspolitik bricht, d.h. in der Regierung für ihre Politik selbst verantwortlich ist" („*Spartacist*, deutsche Ausgabe, Nr. 1, S. 22). Wer kapituliert hier vor der SPD? Spartacusbund mit seiner nachträglichen Position, trotz der bürgerlichen Koalitionspolitik die Reformisten irgendwie zu unterstützen, oder wir mit unserer Weigerung, dies in einer solchen Situation zu tun? Wir hatten dann folgend *hypothetisch* festgestellt, daß im Falle eines Bruchs der SPD mit der Koalitionspolitik (d.h. mit der unverhüllten Klassenkollaboration) eine Wahlunterstützung möglich werden könnte, die abzielen müßte auf die Differenzierung der Arbeiterbasis gegen die Arbeiterbürokratie, der sozialdemokratischen Massen des Proletariats gegen ihre konterrevolutionäre Führung und hatten einen Slogan genannt, mit dem „ungefähr" diese Linie zum Ausdruck gebracht werden könnte. Wir waren nicht — wie der Spartacusbund nachträglich — auf die Idee gekommen, Brandt, Schmidt und Co. aufzufordern, eine „Arbeiterregierung" zu bilden; wir haben keine Illusionen in die SPD verbreitet. — Wir haben unserer Position auch heute nichts hinzuzufügen. Sie bleibt korrekt. Bei uns gibt es kein zentristisches Schwanken.

Der Spartacusbund hingegen ist ein Paradebeispiel für schwankenden Zentrismus, wobei er selbstverständlich den permanenten Wandel seiner Positionen mit der Klassenbewegung begründet (oder er vollzieht klammheimliche Positionsänderungen Ohne Begründung — so, daß es oftmals die Mitgliedschaft selbst nicht einmal sofort bemerkt!). Während also das westdeutsche Proletariat 1972 für eine sozialdemokratische Regierung gekämpft habe, wird nun ein „verändertes Verhältnis der Arbeiter zur SPD" registriert: „Seit den Neuwahlen im November 1972 hat sich das Verhältnis der Arbeiter zur SPD verändert" *(Ergebnisse und Perspektiven*, Nr. 2, S. 13). Dieser Impressionismus macht der Schule des Pabloismus alle Ehre!

Worte und Begriffe

Es ist nun klar: An der Frage der Sozialdemokratie werden die tiefen Differenzen zwischen dem Impressionismus des national bornierten Spartacusbundes und der Orthodoxie der Internationalen Spartacist Tendenz deutlich. Der Spartacusbund charakterisiert die Sozialdemokratie mit einer Formel, die seinem Impressionismus freien Spielraum läßt: die bürgerliche Partei, die sich auf die Arbeiter stützt. Wir wissen, diese Formel wurde von Trotzki neben vielen anderen (von „demokratische Partei der imperialistischen Bourgeoisie" bis: „historische Partei der deutschen Arbeiterklasse") benutz. Wir wissen, mit dieser Formel kann die Sozialdemokratie korrekt charakterisiert werden (wie bei Trotzki, aber durchaus auch bei Tanas in Passagen seiner Polemik gegen die GIM und gegen ultralinke Einschätzungen). Diese Formel kann aber auch dazu dienen, die wesentliche Charakterisierung der Sozialdemokratie als einer klassenwidersprüchlichen Partei zu negieren — wie es in einer bestimmten Phase der Auseinandersetzung zwischen einem Vorläufer des Spartacusbundes, Spartacus/BL, und uns von seiten der BL geschehen ist; denn diese Formel kann die wesentlichen Unterschiede zwischen Sozialdemokratie auf der einen Seite und Demokratischer Partei in den USA oder Peronismus in Argentinien auf der anderen verkleistern helfen. Der Peronismus ist „eine bürgerliche Partei, die sich auf Arbeiter stützt" — gar in organisierter Weise durch (peronistische) Gewerkschaften; und doch unterscheidet er sich qualitativ von der Sozialdemokratie. Der Peronismus ist eine bonapartistische Bewegung, deren Basis zugleich aber noch in der nationalen Bourgeoisie Argentiniens liegt. Der Peronismus könnte seine gewerkschaftliche Basis auflösen und zerschlagen, er würde als bürgerliche Kraft weiterbestehen — die Sozialdemokratie kann nicht die Gewerkschaftsbewegung zerschlagen, ohne sich selbst als Massenpartei zu liquidieren. Solche wesentlichen Unterschiede faßt man in marxistischen Begriffen; Formeln, die gegenüber solchen Unterschieden indifferent sind, sind leere Worte. Ohne das Instrumentarium marxistischer Begriffe wird sozialistische Politik stets an der Realität scheitern. Nur die klare Erkenntnis der klassenwidersprüchlichen Natur der Sozialdemokratie, konterrevolutionäre Barriere in der Arbeiterbewegung, d.h. bürgerliche Arbeiterpartei, zu sein, ermöglicht es, sie im politischen Kampf zu überwinden, sie dahin zu expedieren, wohin Reformismus gehört: auf den Misthaufen der Geschichte. ■

Internationalismus und revolutionäre Gewerkschaftspolitik in den USA

TEIL 2

Revolutionäre Chile-Solidarität

Die Frage des Charakters der Allende-Volksfront in Chile und die Antwort der Arbeiterklasse auf den reaktionären Putsch vom 11. September 1973 waren wichtige Prüfsteine für die internationale Arbeiterbewegung. Als einzige Organisation in den Vereinigten Staaten hat die Spartacist League von Anfang an die Allende-Regierung richtig charakterisiert — als eine klassenkollaborationistische Volksfront, der keine Unterstützung gewährt werden durfte — und hat die Konsequenzen der verräterischen Politik der chilenischen SP und KP klar vorausgesagt:

> „Es ist der elementarste Pflicht aller revolutionären Marxisten, die Haltung der unversöhnlichen Opposition gegen die Volksfront in den Wahlen einzunehmen und in ihre Macht kein Vertrauen zu setzen. Irgendwelche ‚kritische Unterstützung[4] der Allende-Koalition ist Klassenverrat, der den Weg für eine blutige Niederlage der chilenischen arbeitenden Bevölkerung bahnt, wenn die Reaktion im Lande, unterstützt von dem internationalen Imperialismus, bereit ist.“ (*Spartacist*, November-Dezember 1970)

Nach dem Putsch war die SL/US die erste Organisation in den USA, die für die Verteidigung und Befreiung der MIR-Genossen Van Schouwen und Romero mobilisiert hatte. Bislang hatten Organisationen wie die ex-trotzkistische *Socialist Workers Party* es vorgezogen, sich auf die Freilassung bekannter reformistischer Politiker und Akademiker, darunter ihres eigenen Luis Vitale, zu beschränken. Die SL/US hat eine Serie von Verteidigungsdemonstrationen und Aktionen organisiert, die erhebliche Unterstützung in der Arbeiterbewegung gefunden haben (s. IVLNr. 42).

Nur eine proletarische Solidaritätskampagne, die systematisch in die organisierte Arbeiterbewegung hineingetragen wird, kann Aussicht auf Erfolg haben. Nach dem Putsch im September 1973 hat der *Militant Solidarity Caucus* folgende Resolution in der NMU eingebracht:

> „Daß die NMU-Mitgliedschaft bei dieser September-N.Y.-Hafen-Tagung feststellt, daß sie die chilenischen Arbeiter gegen die Militärjunta durch solche angemessenen Maßnahmen unterstützt wie ökonomische und andere Hilfe für die chilenischen Arbeiterorganisationen und für politische Flüchtlinge und einen Boykott von chilenischen Häfen.“ *(The Beacon,* 24. September 1973)

Der MSC hob hervor, daß Appelle an bürgerliche Regierungen und an die UNO (wie sie von den stalinistischen KPen gefordert wurden) zwecklos seien, und stellte die internationale Solidarität der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt (siehe *Workers Vanguard* Nr. 29, 28. September 1973).

Nachdem Local 10 (San Francisco) der *International Long- shoremen's and Warehousemens Union* (geführt vom KP-Freund Harry Bridges) eine Resolution angenommen hat, „alle Güter und Fracht nach und von Chile zu boykottieren, bis die Junta oder die Regierung in Chile volle Rechte für die Gewerkschaften wiederherstellt”, hat die SL/US eine Demonstration für die Durchsetzung dieses Boykotts auf den San-Francisco-Docks organisiert. Die Hafenarbeiter haben sich geweigert, das Schiff *Santa Maria* (mit Fracht für Chile) zu beladen, bis ein Vertreter der Gewerkschaftsführung aufgetaucht ist, seine „Sympathien” mit dem Boykott bekundete, aber forderte, daß die Fracht geladen werden sollte.

Bei SL-initiierten Chile-Demonstrationen im April hatte ein Militant vom Local 10 der ILWU die Existenz dieser Resolution wieder ans Tageslicht gebracht; die Gewerkschaftsführung hätte sie lieber vergessen. Die SL war die einzige Gruppe, die für die Durchführung des Boykotts agitierte. Aber die KPUSA, die zunehmend die Chile-Solidaritätskampagne dominierte, machte klar, daß sie nichts dulden würde, was der Führung der ILWU (dem „Radikalen” und „Sozialisten” Bridges) weiter kränken könnte.

Am 18. und 19. September 1974 haben Arbeiter von beiden Hafenarbeitergewerkschaften der Vereinigten Staaten, der International Longshoremen's Association (ILA, Ostküste) und der ILWU, die Ladung von chilenischen Gütern boykottiert. Die „progressive“ ILWU hatte allerdings nur „vorgeschlagen”, daß der Boykott zu achten sei, und dann nichts für seine Organisierung unternommen. Das SL-initiierte „Ad Hoc Committee to Support the Transport Workers Boycott“ (unterstützt von einzelnen ILWU- und anderen Gewerkschaftsfunktionären sowie verschiedenen linken Gruppen) organisierte in anderthalb Tagen Boykottposten und eine Demonstration zur Durchsetzung des Boykotts. Die Ladung eines Schiffes in Long Beach (Calif.) wurde — mit Unterstützung der Hafenarbeiter — trotz Polizeiintervention mehrere Stunden lang verhindert, bis Harry Bridges (!) die Arbeiter zurück zur Arbeit befahl. Bridges versprach, in San Francisco das Schiff zu boykottieren (!?); aber als die Santa Maria in San Francisco ankam, war von einem Bridges-organisier- ten Boykott nichts zu sehen. An diesem und am folgenden Tag gab es nur eine Demonstration des „Ad Hoc Committee”, bestehend aus Gewerkschaftsmilitanten und der SL/US, die dem beschlossenen Boykott Nachdruck gegeben hatte *(WV* Nr. 53, 27. September 1974).

Internationale Arbeiterboykotts: Wann und Wie

Internationale Boykotts durch die Arbeiterbewegung, wenn richtig angewandt, können eine mächtige Waffe des Proletariats sein. Ein allgemeiner, unbefristeter Handelsboykott, z.B. gegen Chile, könnte langfristig nicht nur die chilenische Bourgeoisie schwächen, sondern auch gerade die wichtigsten Teile der chilenischen Arbeiterklasse (z.B. die Bergarbeiter). Ein allgemeiner Handelsboykott ist nur in beschränkten, spezifischen Situationen sinnvoll: Beispielsweise in einer Situation des offenen Bürgerkriegs, wo die Reaktion von jeder Hilfe abgeschnitten werden soll; so Chile in der Zeit *unmittelbar* nach dem Putsch, wie von dem MSC



SL-Demonstration für Arbeiterboykotts gegen die chilenische Militärjunta an der amerikanischen Westküste im Juni 1974

(NMU) gefordert wurde. Oder in Verbindung mit spezifischen, realisierbaren Forderungen wie die Befreiung gefangener Genossen. Es wäre auch für die chilenische Junta nicht zu übersehen, wenn als Antwort auf die Hinrichtung eines gefangenen Genossen die Hafenarbeiter von London, Hamburg oder San Francisco einige Tonnen chilenischen Kupfers über Bord werfen würden.

Die allgemeine Boykottforderung, die von Local 10 der ILWU angenommen wurde, hat utopischen Charakter. Ein Boykott Chiles, bis „die Rechte der Gewerkschaften" wiederhergestellt werden, ist nichts qualitativ anderes als ein Boykott Südafrikas, bis Apartheid abgeschafft ist. Die SL/US hat die Resolution von Local 10 dennoch kritisch unterstützt und ihre Durchsetzung gefordert - als ein Ausdruck (obwohl kein realistischer) der internationalen proletarischen Solidarität; denn der Kampf um die Durchführung des Boykotts war ein wichtiger Hebel, um die „progressive" Bürokratie von Harry Bridges zu entlarven - Bridges war nicht bereit, selbst für die Verteidigung seines eigenen Genossen Corvalan effektiv einzutreten.

Die richtige Losung für Chile ist der *Waffenboykott,* wie von chilenischen Militanten im Untergrund gefordert wurde *(L'Humanite,* 9. Januar 1974 und *Politica Obrera,* 2. Februar 1974). Die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, *allgemein* Waffenhandel zwischen kapitalistischen Staaten zu verhindern (außer im Falle eines Angriffs von einer imperialistischen Macht gegen ein unterentwickeltes, koloniales oder halbkoloniales Land, wo letzteres selbstverständlich mit Waffen egal welcher Herkunft zu unterstützen ist). Waffenhandel zwischen kapitalistischen Staaten, im Gegensatz zum Welthandel überhaupt, richtet sich unmittelbar gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Dagegen ist die weltweite Verallgemeinerung eines allgemeinen Handelsboykotts ein reaktionärer, utopischer Witz, der mit Marxismus nichts gemeinsam hat. Die internationale Arbeiterbewegung hat kein Interesse daran, die chilenischen Bergarbeiter in ihrer ökonomischen Schlüsselstellung zu schwächen — wohl aber zu verhindern, daß Waffen aus England, USA usw. der Stärkung des chilenischen Staatsapparats dienen.

Noch illusionistischer ist die Forderung an die bürgerliche Regierung der BRD, ihre Klassenkameraden in Chile zu maßregeln. Die sozialliberale Koalition in der BRD und ihre Außenpolitik ist rein bürgerlich, der widersprüchliche Klassencharakter der SPD als bürgerliche Arbeiterpartei ist der Klassenblockpolitik in der bürgerlichen Koalition untergeordnet. Kapitalistische Regierungen wie die der BRD und USA, trotz „demokratischen" Charakters, haben eine ungleich wichtigere reaktionäre Funktion im imperialistischen System als die bonapartistische Junta in Chile! Die Forderungen an die BRD-Regierung (wie sie vom *Spartacusbund* propagiert werden), die diplomatischen Beziehungen mit Chile abzubrechen und einen allgemeinen Boykott chilenischer Güter durchzuführen, sind Forderungen an einen Räuberhauptmann, die Ausschreitungen eines der Bandenmitglieder „radikal" zu unterbinden. Die Logik solcher Forderungen gründet sich letzten Endes auf einer qualitativ unterschiedlichen Einschätzung von „diktatorischen" und „demokratischen" bürgerlichen Herrschaftsformen — die im Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Einschätzung der Diktatur der Bourgeoisie als Klasse steht.

Gewerkschaften 'raus aus der AIFLD

Der Putsch in Chile bietet ein tragisches Beispiel für die Konsequenzen der Klassenkollaboration, für die Konsequenzen der reformistischen Politik der sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien und Gewerkschaften. Forderungen an den bürgerlichen Staat der Bundesrepublik, „Reformen" in Chile durch diplomatischen oder ökonomischen Druck auf die Junta zu erzielen, stehen im schroffen Gegensatz zur wichtigsten Lehre von Chile: durch Paktieren mit den bürgerlichen Parteien und dem bürgerlichen Staatsapparat verliert nur die Arbeiterbewegung. Nicht „wirtschaftlicher Boykott durch Gewerkschaften und Bundesregierung" (!) (*Spartacus*, Nr. 2, März 1974), sondern „Raus aus der konzertierten Aktion, Boykott militärischer Güter für die Junta, für internationale *proletarische* Solidarität mit der Arbeiterklasse Chiles" sind die Parolen, die von Revolutionären erkämpft werden müssen.

Beispielhaft für eine Politik der klassenkämpferischen Solidarität mit dem chilenischen Proletariat ist die Kampagne des *Militant Action Caucus*, einer klassenkämpferischen oppositionellen Gruppe mit einer langen Geschichte in der amerikanischen Gewerkschaft der Telephonarbeiter

(Communication Workers of America, Local 9415, Oakland, California). Der MAC kämpft für „Gewerkschaften ’raus aus dem AIFLD” *{American Institute of Free Labor Development),* einem Institut, geführt von George Meany, dem Chef der AFL-CIO (der amerikanischen Gewerkschaftsdachorganisation), mit dem angeblichen Zweck des Trainings von gewerkschaftlichen Führungskadern. Das AIFLD dient jedoch wesentlich als wichtiger Kanal für CIA-Gelder nach Lateinamerika. Mit einem Aufsichtsrat, in dem Vertreter von 22 Kapitalgesellschaften sitzen (u.a. ITT, Grace Line, Kennecott, Anaconda und Chase Manhattan Bank), hat dieses durch die US-Regierung unterstützte „Gewerkschaftsinstitut“ primär nicht Gewerkschaften, sondern Berufsverbände wie CUPROCH (Konföderation Chilenischer Professioneller) gefördert. CUPROCH unterstützte den „Streik“ der Unternehmer im Oktober 1972 in Chile und mag wohl die Leitung gewesen sein für Tausende von CIA-Dollar zur Unterstützung des Transportunternehmerstreiks Mitte 1973, der den Putsch vom September vorbereitet hatte *(WV* Nr. 47, Juni 1974). Die MAC- Resolution, die ein Ende der CWA- Unterstützung für die AIFLD forderte, unterlag knapp in einer Abstimmung vom Local 9415 und wurde auch bei der Gewerkschaftskonferenz der CWA eingebracht. Ihre Caucus-Zeitung, *Militant Action,* hat dem Artikel „Warum die AFL-CIO als AFL-CIA in Lateinamerika bekannt ist” (Juni-Juli 1974) die Aktivitäten der AIFLD in Brasilien und Chile und die Rolle von Meany und Co. in diesem Subversionsinstitut entlarvt.

Der Kampf von oppositionellen Gewerkschaftsgruppen wie MSC (NMU), MSC (UAW), CM-UAW und MAC für internationale proletarische Solidarität und der Kampf der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Politik dieser Gruppen beweisen die Notwendigkeit der direkten Verbindung des Kampfes *für* internationale proletarische Solidarität mit dem Kampf *gegen* die gegenwärtige verräterische Gewerkschaftsführung. Dieser Kampf muß sich auf ein revolutionäres Programm gründen, das eine klare Alternative zur Politik des „Arbeiterkommiß des Kapitals“ gibt. Obwohl in der ersten Phase nur die bewußtesten Arbeiter ein solches Programm verstehen und akzeptieren werden, wird es durch systematische Propaganda und durch seine Bewährung in der Praxis die Unterstützung von größeren Kreisen in den Gewerkschaften gewinnen. Die Verschmelzung des revolutionären Programms und der Arbeiterklasse in revolutionären Gewerkschaftsfraktionen unter Führung der revolutionären Partei ist die unerläßliche Bedingung der proletarischen Revolution — und der einzige Weg zur Realisierung des konsequenten proletarischen Internationalismus. ■

STRAUSS BEI MAO

(Fortsetzung von S. 20)

Differenzen zwischen imperialistischen Staaten zu seinen Gunsten zu gebrauchen. Opportunisten benutzen gerne solche Argumente, belegt mit Vorliebe durch Zitate aus Lenins „Linksradikalismus“, um ihre Verratspolitik zu vertuschen. Aber Lenin hat in derselben Schrift die *Grundsätze* jedes Manövers, jedes Lavierens, jedes Kompromisses klargestellt. „Die Kommunisten müssen *alle Kräfte* anspannen, um die Arbeiterbewegung und die gesellschaftliche Entwicklung überhaupt auf dem geradesten und raschesten Weg zum Sieg der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats *in der ganzen Welt* zu führen“ *(LW* 31, S. 91, unsere Hervorhebung). Objektivistischer Quatsch wie „die Haupttendenz in der Welt ist Revolution“ darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die chinesische Führung nie einen Versuch gemacht hat, die Weltrevolution zu *führen*: statt des Aufbaus einer revolutionären Internationale betreibt die chinesische Bürokratie — wie die sowjetische — eine Strategie politischer Bündnisse mit bürgerlichen Politikern und kapitalistischen Nationen.

Wegen der relativen Schwäche Chinas und der Feindschaft zur Sowjetunion hat die Politik der maoistischen ChKP einen besonders gefährlichen — und letzten Endes selbstmörderischen Charakter angenommen. Der Versuch, Japan und die NATO-Länder gegen die Sowjetunion auszuspielen, hebt die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges hervor — mit dem deformierten Arbeiterstaat China und dem degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion im Bündnis mit jeweils verschiedenen imperialistischen Ländern auf der jeweils anderen Seite der Barrikade (siehe *KK* Nr. 6, „25 Jahre VR China“). Ein solcher Krieg würde die Frage „Sozialismus oder Barbarei“ unmittelbar stellen. Nur der Wiederaufbau der Vierten Internationale, der internationalen Partei der proletarischen Revolution, und der Sturz der Bürokratien sowohl in China wie in der Sowjetunion durch eine proletarische politische Revolution bieten einen anderen Weg für die Menschheit als den kurzen oder langen Weg zu einem solchen imperialistischen Krieg.

Die Reaktion der westdeutschen Maoisten ist eine Bestätigung ihrer Ablehnung des proletarischen Internationalismus. Die KPD *(Rote Fahne,* 22.1.1975) hebt die Notwendigkeit der „Ausnutzung von Widersprüchen zwischen den imperialistischen Räubern“ hervor, ohne sich die leisesten Gedanken zu machen über die Frage, wie der freundliche Empfang von Strauß die internationale proletarische Revolution eigentlich vorantreiben sollte (und es gibt keinen anderen Maßstab für die Außenpolitik eines Arbeiterstaates). Als rechter Flügel des westdeutschen Maoismus verwirft der KBW (*KVZ*, 16.1.1975) nicht nur den proletarischen Internationalismus, sondern jede Verwandtschaft mit dem Marxismus: eine „große Selbständigkeit“ der westeuropäischen Länder von den „Supermächten“ sei „zu begrüßen“. Aber eine andere „Selbständigkeit“ für einen bürgerlichen Staat als die, die sich auf einen massiven und kriegerischen Staatsapparat stützt, gibt es nicht, und dieser Staatsapparat wird gegen das Proletariat sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene benutzt werden. Für den KBW ist: „Die Beziehung der Arbeiterklasse zu der Bourgeoisie ihrer Länder ... aber eine rein innenpolitische Beziehung...“ Dies ist ein Ausdruck der borniertesten und kleinbürgerlichsten Beschränktheit. Für Revolutionäre ist Außenpolitik wie Innenpolitik ein Ausdruck der gleichen Dialektik, des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf Weltebene. Die Teilung von Politik in „innenpolitische“ und „außenpolitische“ Fächer — fein säuberlich getrennt, aber verbal vereinigt bei Sonntagsreden — ist die Logik der II. Internationale, nicht der III. Internationale von Lenin. Diese Politik ist *Bankrott* — in China, in der Sowjetunion, in Westdeutschland. Der stalinistische Reformismus (ob russischer, chinesischer oder „westdeutscher“ Prägung) hat seinen Bankrott seit 1933 bewiesen. Der Empfang von Strauß war nur eine kleinere Bestätigung davon. ■

KORREKTUR

In der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 6 polemisieren wir in dem Artikel *„Befreit die Genossen der R.A.F.!“* gegen die Politik der GIM und des Spartacusbundes; unsere Kritik richtet sich korrekt gegen die Politik dieser Organisationen, wie sie von ihren Berliner Ortsgruppen betrieben wurde. Unser Artikel spekuliert in keiner Weise über die Positionen, die diese Organisationen dann noch im Dezember 1974 national publizierten. Die Stellungnahmen der GIM und des Spartacusbundes zur R.A.F.-Solidaritätskampagne haben erneut den föderalistischen Charakter beider Organisationen offen gelegt. Es ist nicht unser Bier, daß zwischen der praktischen Politik der Ortsgruppen und den Stellungnahmen ihrer Zentralen Differenzen bestehen.



Nichts Neues in China: STRAUSS BEI MAO

Nichts Neues war Maos Empfang von Strauß. Nach Haile Selassie, nach Ohira und Whitlam, nach Nixon, Kissinger und Imelda Marcos (Frau des philippinischen Oberkompradors): warum nicht Strauß? Die Tatsache, daß manche bundesrepublikanischen Maoisten diesen Vertreter des rechten Flügels der deutschen bürgerlichen Demokratie irrtümlicherweise als „Faschist“ zu kennzeichnen pflegen, war sicher nicht gewichtiger für die chinesische Führung als die ähnliche Charakterisierung Nixons durch amerikanische Maoisten. Man kann annehmen, daß die *Peking Rundschau* von einer „freundschaftlichen Atmosphäre“ und einem „umfassenden Gespräch“ berichten wird — nach altem Rezept. Teng Hsiao Ping, der neue Stellvertreter Maos (und ehemaliger „Wegbereiter des Kapitalismus Nummer zwei“) soll wohlwollend bemerkt haben, „Strauß und den Chinesen werde die gleiche Etikette der Friedensfeindlichkeit aufgeklebt, weil sie in gleicher Weise die Schwächen der Entspannungspolitik aufgedeckt hätten“ (*NZZ*, 18./19. Januar 1975). Nach Strauß war das Zusammentreffen „mehr als eine Geste“. Einziger Zwischenfall: alle Austauschstudenten aus der Bundesrepublik waren von einem Botschaftsempfang für Strauß in Peking ausgeladen worden, weil die Studenten den Wunsch geäußert haben sollen, den „Reaktionär und Mini-Hitler“ Strauß umbringen zu wollen („*SZ*, 18./19. Januar 1975).

Die Außenpolitik Chinas, wie die der anderen degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten, geht von den Interessen der parasitären Parteibürokratie und den Geboten des „Sozialismus in einem Lande“ aus. Die Außenpolitik Chinas, wie die der Sowjetunion, wird nicht bestimmt vom Kampf, die proletarische Weltrevolution zum internationalen Sieg zu führen, sondern versucht, Teile der internationalen Bourgeoisie zu *neutralisieren.* Dieses Bestreben ist der „rote“ Faden maoistischer Politik von der Verkündung der „fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz“ bei der Konferenz von Bandung über die kritische Unterstützung Sukarnos und Ayub Khans bis zum Empfang Nixons. Die gleiche Politik der Klassenkollaboration führte Mao dazu, 1938 der Kuomintang den „ersten Platz“ im Kampf gegen den japanischen Imperialismus einzuräumen: „Ohne die Kuomintang wäre es undenkbar, den Widerstandskrieg zu unternehmen und voranzutreiben... Sie hat zwei große Führer nacheinander gehabt — Herrn Sun Yat Sen und Herrn Tschiang Kai Schek; sie hat eine große Anzahl treuer und patriotischer Mitglieder“ (Mao zitiert nach Schramm, ed., *The Political Thought of Mao Tse Tung*). Dies ist auch die gleiche Politik, die Stalin dazu geführt hat, Tschiang Kai Schek als Ehrenmitglied in die Kommunistische Internationale aufzunehmen (kurz bevor Tschiang blutig die ChKP 1927 zerschlug).

Dagegen hat Lenin des öfteren die Kriterien des proletarischen Internationalismus hervorgehoben, d.h. die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes in einem Land unter die Interessen seines internationalen Kampfes und die Bereitschaft und Fähigkeit, den nationalen Sieg über eine Bourgeoisie und die Errichtung eines Arbeiterstaates einzuordnen in die Perspektive, den internationalen Kapitalismus zu stürzen.

Ein schwacher Arbeiterstaat in einer vom Imperialismus dominierten Welt muß jede Möglichkeit ausnutzen, um

(Fortsetzung auf S. 19)